

PAUKOS



Bundesweit fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Die GEW macht 15 Vorschläge an die Politik, was jetzt getan werden muss. So kann der Lehrkräftemangel bekämpft und die Krise im Klassenzimmer noch verhindert werden. Beitrag auf Seite 19

Bild: GEW-Bund

Inhalt

Henrik Peitsch

PAUKOS im Gespräch mit Dr. Carmen Thamm

Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt in Zeiten multipler Umbrüche

Stefanie Witte – Neue Osnabrücker Zeitung vom 25. 04. 2023

„Unterricht fällt massenhaft aus“

GEW-Vorsitzende Maike Finnern will Lehrermangel mit Seiteneinsteigern begegnen

Dietmar Kröger – Neue Osnabrücker Zeitung vom 27. 04. 2023

Lehrerberuf? Nur Plan B

GEW-Vorsitzende spricht mit Schülern der IGS Eversburg über Probleme

Gerd H. Köpke

60 Jahre Mitglied in der GEW

Andreas Röhl

Andreas Röhl als Mitglied des Vorsitzenden-Teams gewählt

GEW Landesverband Niedersachsen

GEW bringt A13/A10 auf die Zielgerade

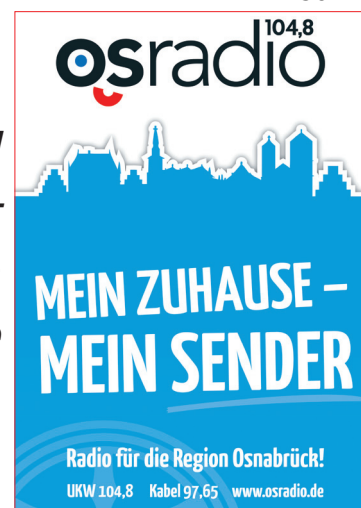
Langjährige Arbeit für eine gerechte Bezahlung zahlt sich aus

Dr. Christoph Stein

Auf dem „Schul-Weg“ zur Klimaneutralität

Inhalt	Seite
Henrik Peitsch PAUKOS im Gespräch mit Dr. Carmen Thamm	
Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt in Zeiten multipler Umbrüche	3
Stefanie Witte – Neue Osnabrücker Zeitung vom 25. 04. 2023 „Unterricht fällt massenhaft aus“	
GEW-Vorsitzende Maïke Finnern will Lehrermangel mit Seiteneinsteigern begegnen	6
Dietmar Kröger – Neue Osnabrücker Zeitung vom 27. 04. 2023 Lehrerberuf? Nur Plan B	
GEW-Vorsitzende spricht mit Schülern der IGS Eversburg über Probleme	7
Henrik Peitsch PAUKOS im Gespräch mit Björn Lefers	
Eine andere Schule ist möglich!	10
<hr/>	
Gerd H. Köpke 60 Jahre Mitglied in der GEW	12
Andreas Röhl Andreas Röhl als Mitglied des Vorsitzenden-Teams gewählt	13
Unsere Jubilare	13
Henrik Peitsch Heinrich-Schüren-Schule: Sanierungsrückstau an Osnabrücker Schulen seit Jahrzehnten eine Herausforderung	14
Leserbriefe und Online-Kommentare an die Neue Osnabrücker Zeitung	15
<hr/>	
GEW Landesverband Niedersachsen GEW bringt A13/A10 auf die Zielgerade – Langjährige Arbeit für eine gerechte Bezahlung zahlt sich aus	16
GEW Bund Gewerkschaften fordern bei Digitalisierung mehr Mitsprache und mehr Personal	17
DGB Berufsbildungsbericht: Ausbildung weiter in der Krise	18
GEW Bund 15-Punkte-Programm gegen den Lehrermangel	19
Andreas Keller Forschen an Unis helfen, nicht schaden	20
Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte Mitstreiter*innen gesucht!	21
Dr. Christoph Stein Auf dem „Schul-Weg“ zur Klimaneutralität	22
Literaturvorstellung Hartmut Reimers: „Die ökonomische Vernunft der Solidarität“ – Ein Plädoyer für den Sozialstaat von Hartmut Reiners	27
Dr. Brigitte Schuman Aktion für menschenrechtskonforme Umsetzung der UN-BRK	28
Henrik Peitsch Zu guter Letzt	30

Der GEW Kreisverband
Osnabrück-Stadt
wünscht allen Kollegen und Kolleginnen
eine entspannte unterrichtsfreie
Sommerzeit.



PAUKOS im Gespräch mit Dr. Carmen Thamm

**Leiterin der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück
Kooperation zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt in Zeiten multipler Umbrüche
Henrik Peitsch**

Liebe Carmen, du leitest seit März 2022 die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Osnabrück. Soweit ich weiß, hast du an der Universität in Tübingen promoviert und warst nach der Promotion auch dort tätig. Was hat Dich motiviert, die Tätigkeit in Osnabrück aufzunehmen?

Genau, bevor ich die Leitung der Kooperationsstelle übernommen habe, war ich – in unterschiedlichen Zusammenhängen – fast neun Jahre an der Universität Tübingen. Zuletzt war ich als wissenschaftliche Koordinatorin tätig am Europäischen Zentrum für Föderalismusforschung (EZFF). Davor habe ich am Institut für Politikwissenschaft promoviert und mich in diesem Rahmen aus vergleichender Perspektive mit gewerkschaftlicher Krisenpolitik und den Effekten auf die transnationale Zusammenarbeit von Gewerkschaften in Europa beschäftigt. Finanziell ermöglicht wurde mir dies als Erstakademikerin durch ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung.

Die neue Aufgabe in Osnabrück war für mich zugleich eine Rückkehr. Ich habe bereits zwischen 2006 und 2012 in Osnabrück studiert und mich schon im Rahmen meiner Abschlussarbeiten der Gewerkschaftsforschung gewidmet. Während meines Bachelor- und Masterstudiums der Sozialwissenschaften hatte ich auch regelmäßig Berührungspunkte mit der Gewerkschaftsbewegung in Osnabrück; z.B. durch mein Praktikum bei der DGB-Region Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit und den fachlichen Austausch mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben am Standort Osnabrück. Ich habe mich in Osnabrück immer sehr wohl gefühlt und freue mich wieder zurück im Nordwesten zu sein.

Die Kooperationsstelle ist sicherlich nicht allen GEW-Mitgliedern bekannt. Könntest Du bitte kurz beschreiben, wie die Kooperationsstelle organisiert ist und welche wesentlichen Ziele sie hat?

Kooperationsstellen im Allgemeinen haben das Ziel, den Dialog zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt zu fördern. Sie bieten dementsprechend einen Mehrwert für die Seite der Wissenschaft, indem sie z.B. Feldzugänge erleichtern und den Transfer von theoretischem Wissen in die Praxis verbessern. Gleichzeitig versuchen Kooperationsstellen aber auch Praxiswissen und Bedarfe von Beschäftigten an die Wissenschaft zu übermitteln



Foto: privat

und unterstützen damit arbeitsweltliche Interessen. Konkret operationalisieren Kooperationsstellen diesen Wissenstransfer in beide Richtungen mittels vielfältiger und je nach Standort unterschiedlich konzipierter und thematisch ausgerichteter Dialogformate. Zu diesem Zweck haben sich Partner*innen beider Welten auf die Einrichtung von Kooperationsstellen verständigt. An der Osnabrücker Kooperationsstelle beteiligt sind auf Hochschuleseite die Universität Osnabrück, die Universität Vechta und die Hochschule Osnabrück. Auf Gewerkschaftsseite sind es der DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, der Vertreter*innen der lokalen Gewerkschaften für den Beirat der Kooperationsstelle benennt, und Arbeit und Leben Niedersachsen mit der Geschäftsstelle Osnabrück. Besonders an der Osnabrücker Kooperationsstelle ist, dass sie als Einrichtung der Universität Osnabrück trotzdem im Gewerkschaftshaus sitzt. Das ist ein Unikum und hat viele Vorteile. Personell besteht die Kooperationsstelle aus mir, der Leitung, und meiner Kollegin Anja Schulte, die mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung die Verwaltung der Kooperationsstelle fest im Griff hat. Viele unter den Leser*innen werden, zurecht, vermutlich den Namen Manfred Flore mit der Kooperationsstelle in Osnabrück in Verbindung sehen. Dieser hat die Kooperationsstelle seit ihrer Einrichtung entscheidend geprägt und ist – nach über 25 Jahren als Leiter – zum Jahreswechsel 2021/2022 in den verdienten Ruhestand gewechselt.

Für das Jahr 2023 ist wieder eine Jahrestagung geplant. Im November des letzten Jahres beschäftigte sie sich mit dem Thema „Corona – Arbeit – Gesellschaft. Wie beeinflusst die Pandemie die Arbeitswelt?“ Die Vorbereitungen für die Tagung im Herbst sind sicherlich schon weit fortgeschritten. Welches Thema wird die Tagung haben und kann man schon einige Highlights erfahren?

Die Jahrestagung ist die wichtigste Veranstaltung der Kooperationsstelle. Sie fand im letzten Jahr bereits zum 20. Mal statt und ist traditionell so konzipiert, dass wissenschaftliche und praktische Expertise zu einem aktuellen arbeitsweltlichen Thema in den Austausch kommen. Das von dir genannte Thema der letztjährigen Jahrestagung wurde in Anknüpfung an den Arbeitswelt-Monitor „Arbeiten in der Corona-Krise“ gewählt. Ein Forschungsprojekt, das unter Leitung von Prof. Dr. Hajo Holst - Vorsitzender des Beirates der Kooperationsstelle und Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftssoziologie an der Universität Osnabrück – und in Kooperation mit dem Netzwerk der Kooperationsstellen in Niedersachsen und Bremen konzipiert und durchgeführt wurde.

In diesem Jahr legen wir den Schwerpunkt auf das Thema „Arbeitszeit in der sozial-ökologischen Transformation“. Sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch in der gewerkschaftlichen Debatte und Praxis gewinnt die Frage nach einer allgemeinen Reorganisation von Arbeitszeit wieder an Bedeutung. Aktuelle tarifpolitische Forderungen nehmen nach langer Zeit des Stillstandes wieder allgemeine Arbeitszeitverkürzungen in den Blick. Die Tagung möchte sich dem Thema vor allem auch basierend auf den Herausforderungen, die die sozial-ökologische Transformation mit sich bringt, widmen und so den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und erfolgreicher Klimastrategie herstellen. Zudem möchten wir diskutieren, wo diesbezüglich Synergieeffekte zwischen den Zielen „Gute Arbeit“ und „Klimaneutralität“ liegen. Auf dem Programm stehen dazu Vorträge einflussreicher Wissenschaftler*innen, Schlaglichter aus der betrieblichen und tarifpolitischen Praxis sowie ein Podium zum bündnispolitischen Potenzial von Arbeitszeit. Das Tagungsprogramm erscheint voraussichtlich im August.

Auf der Website der Kooperationsstelle befinden sich neben der Jahrestagung noch weitere Aktivitäten. Welche sind dir besonders wichtig?

Das stimmt. Das Portfolio der Kooperationsstellen-aktivitäten ist breit gefächert. So ist die Kooperationsstelle in moderierender und organisierender Funktion beteiligt an der Osnabrücker Ermutigung – eine Initiative, die eine kontinuierlichen Veranstaltungsreihe zu den vielfältigen Facetten von „Armut, Reichtum und Verteilung“ organisiert. Zuletzt beschäftigte sich eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit den sozialen Effekten des 9-Euro-Tickets und des kurz darauf eingeführten Deutschlandtickets. Die Verteilungsfrage wird auch in Zukunft einen Themenschwerpunkt der Kooperationsstelle darstellen. Vor allem in Verbindung mit den immer stärker in den Fokus rückenden Transformationsprozessen bedarf diese Frage besonderer Aufmerksamkeit. Transformation meint hier den Dreiklang aus Digitalisierung, Dekarbonisierung und demographischem Wandel, der die Arbeitswelt bereits heute erheblich beeinflusst und perspektivisch grundlegende Veränderungen nach sich ziehen wird.

Zentraler Orientierungspunkt für die Aktivitäten der Kooperationsstelle ist die sozial-ökologische Transformation und damit ein von den Gewerkschaften formulierter Anspruch an die Gestaltung des tiefgreifenden Wandels – nämlich demokratisch, klimaneutral und fair. Hierzu hat die Kooperationsstelle als Teil des Netzwerks der Kooperationsstellen in Niedersachsen und Bremen und in Kooperation mit der Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit das Projekt „sozial-ökologische Transformation. Gemeinsam – Gerecht – Gestalten“ angeschoben. Dementsprechend werden Aktivitäten in diesem Bereich die Arbeit der Kooperationsstelle in Zukunft prägen; unter der Maxime soziale Gerechtigkeit und Gute Arbeit liegt die Aufmerksamkeit auf Themen wie nachhaltige Mobilität, nachhaltiges Wirtschaften, nachhaltiger Konsum, nachhaltige Bildung, Digitalisierung/Automatisierung/Künstliche Intelligenz, aber auch auf den arbeitsweltlichen Implikationen von Pandemien – die in der Wissenschaft als Folge des Klimawandels gefasst werden. Neben den brennenden Themen in Gegenwart und Zukunft spielt aber auch das „Wie“ eine Rolle. Gerne möchte ich in dieser Hinsicht zukünftig neue Formate testen

GEW

**Die erste Adresse,
wenn es um Bildung geht.**

und in das Aktivitätsspektrum der Kooperationsstelle integrieren. Großen Wert lege ich dabei auf partizipative Elemente und auf eine Ausrichtung am Anspruch, den Dialog zwischen Wissenschaft und Arbeitswelt zu festigen und zu erweitern.

Darüber hinaus wird die Kooperationsstelle sich in Zukunft wieder stärker die Studierendenarbeit zur Aufgabe machen, denn die Studierenden sind die Wissenschaftler*innen von morgen. Und ich bin der Überzeugung, dass diese für Forschungsthemen zu arbeitsweltlichen Fragen, deren Beantwortung der Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen von abhängig Beschäftigten zuträglich sein kann, sensibilisiert und begeistert werden müssen.

Welche weiteren Aktivitäten sind für die Jahre bis 2025 geplant? Gibt es bestimmte Schwerpunkte?

Gut, dass Du fragst. Auch wenn bereits zurückliegend möchte ich doch an dieser Stelle noch kurz vorab die Chance ergreifen und die erst ganz kurz zurückliegende Jahrestagung des Netzwerks der Kooperationsstellen in Niedersachsen und Bremen zum Thema „Fachkräftesicherung in der sozial-ökologischen Transformation. Gemein-

sam – Gerecht – Gestalten“ erwähnen, die die Kooperationsstelle Osnabrück gemeinsam mit der Kooperationsstelle Hannover-Hildesheim ausgerichtet hat – und zwar im Rahmen des noch bis in das Jahr 2024 reichenden oben erwähnten Kooperationsprojekts. Weitere Veranstaltungen in diesem Projekt wird es in Osnabrück im Laufe des Jahres geben. Thematisch anknüpfend befindet sich eine kleine Veranstaltungsreihe zum Thema „Nachhaltige Mobilität: Good Practice in Theorie und Praxis – Impulse für eine Osnabrücker Verkehrswende“ in der Planung. Im Oktober setzen wir dann die Osnabrücker Ermutigung mit der Veranstaltung „Wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau“ mit weiteren Projektpartner*innen fort. Besonders freue ich mich in diesem Jahr auch noch auf das gemeinsam mit Arbeit und Leben durchgeführte Bildungsurlaubsseminar in Ljubljana, in dessen Rahmen das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Slowenien thematisiert wird. Ich begleite das Bildungsurlaubsseminar als Referentin und kann somit mein ganz spezielles Forschungsinteresse am kleinen Alpenstaat – vor allem mit Blick auf die nationalen Arbeitsbeziehungen – in die Erwachsenenbildungsarbeit einbringen.

Liebe Carmen, vielen Dank für das Gespräch!

Kooperationsstelle



Hochschulen und
Gewerkschaften
in Osnabrück



09.06.2023

Künstliche Intelligenz und Arbeit: Ein komplexes Verhältnis

Wird künstliche Intelligenz Arbeitsplätze vernichten? Christian Kellermann analysiert, wie komplex die Studienlage ist und welche Aussagen über die Zukunft des Arbeitsmarktes möglich sind und welche nicht.

29.06.2023

**Nach dem Beschluss der Mindestlohnkommission
Zwei Probleme mit dem Mindestlohn**

Die Mindestlohnkommission hat ihren vierten Beschluss zur Anpassung des Mindestlohns vorgelegt. Gegen die Stimmen der Gewerkschaften. Das ist neu und wirft zwei Fragen auf: Reicht die vorgeschlagene Anhebung und braucht es eine Reform des Mindestlohngesetzes? Von Reinhardt Bispinck

<https://gegenblende.dgb.de>

„Unterricht fällt massenhaft aus“**GEW-Vorsitzende Maike Finnern will Lehrermangel mit Seiteneinsteigern begegnen****Von Stefanie Witte****Neue Osnabrücker Zeitung****vom 25.04.2023**

Die GEW-Vorsitzende Maike Finnern fordert mehr Geld für Lehrer und bessere Arbeitsbedingungen. FOTO: JÖRN MARTENS

Maike Finnern ist seit zwei Jahren Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Im Gespräch mit unserer Redaktion sprach sie über das Thema, das die meisten Eltern, Schüler und Lehrer bewegt: den Personalmangel.

Frau Finnern, wir haben die Zahl der Lehrer und Schüler für den Norden abgefragt und mit den Zahlen vor 20 Jahren verglichen. Die Zahl der Schüler sank, die der Lehrer stieg. Warum sprechen Sie trotzdem von einem Lehrermangel?

Bundesweit können zehntausende Stellen nicht mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden. Unterricht fällt massenhaft aus und wird oft fachfremd gehalten. Die Situation vor 20 Jahren lässt sich mit der heutigen nicht vergleichen. Die Herausforderungen sind gewachsen. Schulen beschäftigen sich heute mit Inklusion und Integration. Lernen ist individueller geworden, der Ganzttag muss gemeistert werden. Insofern haben wir definitiv einen Lehrermangel.

Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst wollte dem Lehrermangel pragmatisch begegnen und konkrete, kurzfristige Entscheidungen treffen. Nun ist sie zurückgetreten. Ist die kurzfristige Bekämpfung des Lehrermangels aussichtslos?

Es braucht mehr Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg und sicherlich auch Mut, Ideen umzusetzen, die bisher keine Chance hatten. Ein Beispiel ist der Bereich der Seiten- und Quereinsteiger. Die muss man begleiten und qualifizieren. Das kostet Geld. Nur die Arbeitszeit zu erhöhen oder Teilzeit zu verbieten funktioniert nicht. Die Realität ist ja, dass Menschen in Teilzeit arbeiten, weil sie Vollzeit nicht mehr schaffen können. Wenn ich denen mehr zumute, werden sie ausfallen. So behebt man den Lehrkräftemangel nicht.

Liegt es wirklich an Überforderung? Häufig lässt sich beobachten, dass eine Lehrerin in Teilzeit geht, um sich um ihre Kinder zu

kümmern.

Es gibt unterschiedliche Gründe für Teilzeit. Einer ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben viele junge Lehrkräfte, die in Teilzeit arbeiten. Häufig sind das Frauen, und in den Schulen ist der Frauenanteil am Lehrkörper größer. Damit ist die Teilzeitquote auch eine andere als in männlich geprägten Berufen.

Gleichzeitig werben Sie für eine höhere Bezahlung von Lehrkräften. Wie fair ist es, von Menschen mit wenig Einkommen zu verlangen, dass ihre Steuern noch stärker in sowieso schon hohe Lehrgelälter fließen sollen?

Wir erwarten das nicht von Menschen, die wenig verdienen. Meine Empfehlung ist, unser Steuersystem zu verändern. Wir brauchen ein höheres Steueraufkommen. Der Staat muss dort mehr Steuern einnehmen, wo Geld sitzt – auch über Vermögensabgaben oder eine höhere Erbschaftsteuer – und unten entlasten. Wir wollen eine bessere Bezahlung der Grundschul- und einiger Sekundarstufe-I-Lehrkräfte, weil als Grundsatz gelten muss: Die Arbeit an den Schulen ist zwar unterschiedlich, aber allen Schulen gleich viel wert.

Warum ist es so schwer, den Lehrkräftebedarf vorherzusagen? Kinder werden geboren, und bis sie in die Schule gehen, könnte man einen Lehrer ausbilden.

Viele Bundesländer führen keine ehrlichen Statistiken, sie machen finanzpolitisch motivierte Setzungen. Es wurde lange Zeit nicht seriös erhoben, wie viele Kinder und Jugendliche in den Schulen zu erwarten sind. Nachdem das offensichtlich

so aber nicht funktioniert, ändert sich das nun.

Um dem Problem jetzt zu begegnen, wollen Sie den NC fürs Lehramtsstudium abschaffen. Ist es nicht gerade im Bildungsbereich wichtig, Experten zu haben, die intellektuell stark sind?

Klar. Aber die müssen ja kein Abitur mit 1,1 haben. Der NC sagt nur etwas darüber aus, dass man zu wenig Studienplätze anbietet. Er steuert den Zugang zur Universität, wenn das Angebot knapp ist.

Wobei es ja Unterschiede zwischen 1,1 und gar keinem NC gibt - man könnte einen Mittelweg gehen und zum Beispiel auf 3,0 gehen.

Wer anfängt zu studieren, hat auf jeden Fall ein Abitur, also eine allgemeine Hochschulreife. Der

NC ist ein reines Sortierungsmerkmal. Eigentlich müsste man andere Kriterien anwenden, etwa eine hohe Motivation, mit Kindern und Jugendlichen das Lernen zu lernen, die der NC nicht abbilden kann.

Wer nach dem Studium in der Schule ankommt, erlebt häufig einen Realitätsschock. Schulen sind häufig kleine Behörden, die mit sich selbst beschäftigt sind. Müsste da nicht verschlankt werden?

Schule ist ein Lebensraum, der nicht nur aus dem Unterricht bestimmter Fächer besteht. Natürlich ist viel Bürokratie im System. Da kann man entlasten. Schulverwaltungsassistenten können zum Beispiel helfen. Die Frage ist, woher sie kommen. Größere Schulen bekommen das Geld dafür häufiger aus bestimmten Töpfen.

Lehrerberuf? Nur Plan B

GEW-Vorsitzende spricht mit Schülern der IGS Eversburg über Probleme

Von Dietmar Kröger

Neue Osnabrücker Zeitung vom 27.04.2023

Mit wem lässt sich besser über Bildung sprechen als mit den Betroffenen selbst? Maïke Finnern, Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), traf in der IGS Eversburg auf hellwache und bildungspolitisch bestens orientierte Schüler.

Mal eins vorweg: Der Lehrerberuf steht definitiv nicht ganz oben auf der Berufswunschliste der Schüler des Politikurses im 12. Jahrgang an Osnabrücks integrativer Gesamtschule. Im besten Fall als Plan B könnten sich die Schüler einen Job in der Schule vorstellen. Große Verwunderung dürfte das bei niemandem hervorrufen. Zumindest nicht, wenn man die bildungspolitische Diskussion der Schüler mit der Gewerkschaftschefin verfolgt hat, bei der die Probleme in der bundesdeutschen Bildungslandschaft offen angesprochen wurden.

Bildungssystem: Das Bildungssystem sei ein Problem, so Finnern. In ihrem Heimatbundesland NRW gebe es zum Beispiel allein in der Sekundarstufe I acht unterschiedliche Schulformen. Auf eine schnelle Lösung dieser Frage machte Finnern aber keine Hoffnung: „Die Debatte über das Schulsystem ist dermaßen ideologisiert, dass sie nicht vorankommt.“

Als Befürworterin integrativer Systeme hatte Finnern die IGS-Schüler auf ihrer Seite, die von eigenen zumeist negativen Erfahrungen in an-

deren Schulformen zu berichten wussten. Die Schwächen des deutschen Bildungssystems seien hinlänglich bekannt und würden schon lange diskutiert, so Finnern. „Wir sind im Moment in einer so schwierigen Situation, dass sich hoffentlich etwas ändert“, versuchte sie einen Funken Hoffnung aus dem ausgebrannten bundesdeutschen Bildungssystem zu schlagen. „Wir müssen zu einer integrativen Schulform kommen, in der jeder Einzelne die Chance hat, sich zu entwickeln“, machte Finnern die Marschrichtung der GEW deutlich.

Bildungsföderalismus: Der Vorschlag aus den Reihen der Schüler, eine einheitliche Bildungspolitik auf Bundesebene zu steuern, stieß zwar bei Finnern auf offene Ohren. Gleichwohl musste sie diese schlüssige Idee ausbremsen. „Der Bildungsföderalismus ist ein Problem“, räumte sie ein. Sie glaube aber nicht, dass die föderalistischen Strukturen abgeschafft werden müssten, um das bundesdeutsche Bildungssystem zu modernisieren.

Finnern verwies auf die Schweiz, wo Staatsverträge die traditionell stark eigenständigen Kantone in der Bildung auf gemeinsame Standards verpflichteten. Der Versuch, Ähnliches in Deutschland einzuführen, sei allerdings seinerzeit am Widerstand Bayerns und Baden-Württembergs gescheitert.

Bildungschancen: „Müssen wir nicht viel mehr auf die sozialen Ungleichheiten in unserem Bildungssystem achten?“ Ganz deutlich nehmen die Schüler die ungleiche Verteilung von Bildungschancen in unserer Gesellschaft wahr. Sei es die durch finanzielle Beschränkungen in vielen Familien verursachten Probleme in der Wahrnehmung von Bildungschancen oder auch schlicht die von niemandem aufgefangene Bildungsferne in manchen Haushalten. Finnerns Lösung: „Wir brauchen viel mehr aufsuchende Schulsozialarbeit.“ Hilfsangebote müssten Eltern direkt adressieren, um ihnen niedrigschwellig zu zeigen, welche Bildungswege ihren Kindern offenstehen.

Lehrermangel: Welcher Schüler weiß nicht von Unterrichtsausfall zu berichten? Der allgegenwärtige Lehrermangel lag auch den IGS-Schülern auf der Seele. Finnern setzt im Kampf gegen dieses ständig wachsende und in den kommenden Jahren, wenn die geburtenstarken Lehrerjahrgänge in den Ruhestand gehen, noch drängendere Problem auf verschiedene, koordinierte Maßnahmen.

Dazu müsste auch die Aufnahme von Quereinsteigern in den Lehrerberuf gehören. Allerdings sei dabei die pädagogische Qualifikation dieses Personenkreises unabdingbar. „Wenn man diesen Leuten keine Qualifikation und damit auch keine Aufstiegschancen und finanzielle Anreize bietet,

ist das schwierig“, warnte Finnern davor, die Kollegien zu „spalten“. Sie verwies zudem auf die hohe Abbrecherquote bei Lehramtsstudiengängen, die zwischen 30 und 50 Prozent liege. Es bestehe Reformbedarf auch in den Lehramtsstudiengängen an den Universitäten. „Ihr habt die freie Wahl. Wir müssen etwas tun, damit ihr euch auch für die Schule entscheidet“, wandte sie sich mit der Frage an die Schüler, wer sich denn den Lehrerberuf als Beruf vorstellen könne. Die Resonanz war eher verhalten. Sie habe eigentlich einmal Lehrerin werden wollen, dann aber aufgrund der Belastungen von diesem Beruf Abstand genommen und sich für eine Ausbildung in der Pflege entschieden, so eine Schülerin. Der Lehrerberuf sei ihr Plan B, ergänzte eine Mitschülerin, die sich viel mehr in einem Psychologiestudium sieht.

Schlechte Aussichten also für zukünftige Schülergenerationen, wenn ihre Vorgänger mit ihrer Hochschulreife lieber etwas anderes studieren als Lehramt. Finnern sieht das Problem als Kreis, in dem sich zunehmend verschlechternde Arbeitsbedingungen zu immer weniger Interessenten führen, was zu wachsender Arbeitsbelastung und dadurch zu einem weiter zunehmenden Attraktivitätsverlust des Lehrerberufs führt. Es ist also einiges zu tun, um ein Lehramtsstudium bei den Abiturienten wieder zum Plan A zu machen.

Der Wiederabdruck dieser beiden Artikel über den Besuch von Maike Finnern erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Neuen Osnabrücker Zeitung.

*Fotos: Detlef Heese, Diplom Designer
HEESE Fotografie
Hölderlinstraße 16 – 49090 Osnabrück*





PAUKOS im Gespräch mit Björn Lefers

Schule im Aufbruch, Ansprechpartner Netzwerk Niedersachsen

Eine andere Schule ist möglich!

Henrik Peitsch

Lieber Herr Lefers, Sie sind Ansprechpartner für das Netzwerk Schule im Aufbruch für Niedersachsen. Was sind Ihre Aufgaben und wie können Sie interessierte Schulen und Lehrkräfte unterstützen?

Wir stehen als Menschheit vor nie dagewesenen Herausforderungen: Klimakrise, Krieg in Europa, Migration, psychische Belastungen, Wandel der Arbeitswelt uvm. Aufgabe der Schule muss es sein, Kinder und Jugendliche bestmöglich auf das Leben vorzubereiten und sie zu befähigen. Dazu gehört der Erwerb wichtiger Zukunftskompetenzen, damit sie diesen Herausforderungen aktiv begegnen und ihre Zukunft selbstwirksam und selbstbestimmt gestalten können. Nur so können sie der Resignation entgehen, Hoffnung schöpfen und erleben: Ich kann etwas bewirken! Schule im Aufbruch inspiriert, vernetzt und begleitet Schulen auf diesem transformativen Weg zu neuen Schul- und Lernkulturen.

Als Bundesland-Koordination bin ich Ansprechperson für Schulen und auch andere Akteure in Niedersachsen. Unsere Hauptzielgruppe sind Schulleitungsteams und Lehrer*innen. Wir befähigen insbesondere Schulleitungsteams, an der Schule einen Veränderungsprozess in Gang zu setzen. Den Schulleitungsteams kommt eine besonders wichtige Rolle zu, weil sie Gelingensbedingungen für die Transformation schaffen müssen. Auch wichtig ist, dass Schulen sich in diesem Prozess austauschen und sich gegenseitig unterstützen. Ein wichtiger Teil meiner Tätigkeit ist es, Räume für den Austausch zwischen den beteiligten Schulen herzustellen, in dem sie sich gegenseitig unterstützen können.

Das Konzept des Projekts führt im Schulalltag doch zu einer besseren Lernkultur. Ich habe den Eindruck, dass sich Lehrkräfte doch schwertun, einen geringen Mehraufwand in Kauf zu nehmen, um Veränderungen umzusetzen, die für alle eine hohe positive Wirkung haben: eine bessere Lernkultur, höher motivierte Schüler*innen, Entlastungen durch Kooperation. Welche Hilfe bieten Sie den Schulen an, wenn diese sich hier einbringen möchten und einen Veränderungsprozess anstreben?

Der wichtigste Schritt für eine Veränderung an der Schule ist die Offenheit des Schulleitungsteams, aber auch einzelne Lehrer*innen und Schüler*innen können etwas bewirken. Vielen Menschen fehlen zunächst noch die Vorstellungen, wie Schule auch anders gestaltet werden kann. Die meisten Pädagog*innen haben ja den Beruf ergriffen, weil sie mit Schüler*innen arbeiten und Kinder- und Jugendliche auf das Leben vorbereiten möchten. Ich glaube, dass man die Hoffnung auf eine bessere Schule auch bei vielen Lehrkräften und Schulleitungen wecken kann. Man muss Gelegenheiten dafür schaffen und kann dann auch diejenigen mitnehmen, die jetzt vielleicht (noch) nicht bereit sind, sich auf die Veränderungen einzulassen. Ein guter Weg, um andere für die Sache zu gewinnen, ist eine Hospitation an einer Schule, die es heute schon so macht, wie es morgen sein sollte. Kaum etwas wirkt so stark, wie es vor Ort selbst zu erfahren und mitzuerleben, dass es auch anders geht. Oft kommen sogar anfänglich skeptische Menschen inspiriert und voller Tatendrang von einem Besuch an einer solchen Schule zurück. Auch ist es ein guter Weg, um zu erfahren, welche Schritte notwendig sind und welche Aufgaben für alle Beteiligten damit verbunden sind. Es gibt auch im Raum Osnabrück viele Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben und an denen Hospitationen möglich sind, wie z. B. die Hofschule Pente, die Friedensschule Osnabrück oder die Hermann-Freye-Gesamtschule IGS Dissen.

Welche Angebote haben Sie hier? Nehmen wir an, ich wäre Kollege an einer Schule und habe Ihre Kontaktdaten erhalten. Wie können Sie uns unterstützen?

Wir haben drei Schwerpunkte: FREI DAY, Transformationsbegleitung und die Netzwerkarbeit im Verein.

Der FREI DAY ist ein Freiraum zum selbständigen Lernen für Schülerinnen und Schüler. Vier Unterrichtsstunden ermöglichen ihnen jahrgangsübergreifend miteinander selbstorganisiert zu lernen und sich mit Fragen der Zukunft auf Basis der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen auseinanderzusetzen, gemeinsam Projekte zu planen und umzusetzen. Lehrkräfte übernehmen hier die Rolle von Lernbegleiter*innen. Hier bieten

wir virtuelle Fortbildungen an oder kommen in die Schule für einen Impulsvortrag, um das Kollegium oder die Eltern für die Sache zu gewinnen.

Die Transformationsbegleitung ermöglicht Schulen, sich zu selbstorganisierten und agilen Lernorten zu entwickeln, in dem die Potentialentfaltung aller Schulmitglieder

gelebt wird. Im Rahmen der Transformationsbegleitung bearbeiten Schulen die Themenfelder des Whole School Approach einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE): Lernkultur, Schulkultur, Lern- und Lebensraum Schule, Wirkung der Schule in der Gesellschaft sowie Führung und Schulentwicklung. Jede Schule gestaltet dabei ihren ganz individuellen Transformationsweg. Im Rahmen der Anstiftung gibt Schule im Aufbruch Impulse für die Schule der Zukunft, macht Mut und inspiriert mit bereits umgesetzten Beispielen. Daraus bildet sich ein vielfältig zusammengesetztes schulinternes Wandelteam, welches begleitet wird, um den Wandel an der Schule zu organisieren und gemeinschaftlich voranzubringen.

Im Rahmen des Netzwerks Schule im Aufbruch e.V. bieten wir vielfältige Fortbildungs- und Austauschangebote für Mitglieder und treten in Gesellschaft und Politik für einen zukunftsweisenden Wandel der Lernkulturen an den Schulen ein. Hilfreich dafür sind sowohl die Verankerung zukunftsweisender Lernformate, als auch die Zusammenarbeit mit Expert*innen aus relevanten gesellschaftlichen Bereichen, um für Synergien für den Wandel zu sorgen. Im Verein lernen Schulen, Pädagog*innen und weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen von- und miteinander, um den schulischen Wandel im Sinne eines Whole School Approach gemeinsam wirkungsvoll voranzubringen. Um Rahmenbedingungen und Strukturen nachhaltig zu verändern, braucht es Bündnisse und Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und Akteur*innen des Wandels. Über den folgenden Link können Schulen Mitglied in unserem Verein werden und gemeinsam mit uns den Wandel gestalten: <https://schule-im-aufbruch.de/mitglied-werden>



Grafik: Schule im Aufbruch

Die Beratung und Unterstützung durch „Schule im Aufbruch“ ist sicherlich mit Kosten verbunden, z.B. für begleitende Fortbildungen etc., oder?

Das kommt natürlich darauf an. Auf unserer Plattform können Schulen kostenlose Veranstaltungen und Online-Kurse finden: <https://plattform.schule-im-aufbruch.de/> Wenn jedoch eine Mitarbeiter*in an eine Schule reist, um eine Fortbildung zu geben, dann fallen auch Kosten an, die aus dem Fortbildungsbudget der Schule finanziert werden können. Wir richten uns dabei auch nach den Möglichkeiten der Schulen, da kleine Grundschulen mit nur 100 Schüler*innen geringere finanzielle Mittel haben, als eine große IGS mit 1.500 Schüler*innen. Daneben gibt es die Möglichkeit, über den Förderverein der Schule Mittel einzubringen. Denn die Elternschaft soll ja in den Prozess mit einbezogen werden. Wir selbst sind ja nicht aus finanziellen Erwägungen tätig. Uns geht es um die Transformation der Schulen zum Vorteil aller, der Lernenden und der Lehrkräfte sowie unserer Gesellschaft und auch der globalen Nachhaltigkeit. Schulen können sich gerne über das folgende Formular bei uns melden, um mehr über unsere Angebote zu erfahren: <https://formulare.schule-im-aufbruch.de/jetzt-aufbrechen/>

Lieber Herr Lefers, vielen Dank für das Gespräch.



Jubilarfeier am 1. Juni im Gasthaus Thies, Hasbergen

Foto: Andreas Röhl

60 Jahre Mitglied in der GEW

Gerd H. Köpke

Einer Gewerkschaft begegnete ich das erste Mal in den Sommerferien als Schüler des Gymnasiums in Nordhorn. In dieser Zeit arbeitete ich bei der Firma Povel. Der Kollege, dem ich als Hilfskraft an der Senge zugeteilt war, forderte mich mit Nachdruck auf, Solidarität zu zeigen. Ich bekam meine Finger in die Stoffführung und lernte, was es heißt, einen Akkord kaputtzumachen.

So war es für mich selbstverständlich, bei Eintritt in den Schuldienst in die GEW zu wechseln. Zumal da ich in den Jahren davor mit Interesse verfolgt hatte, wie es der Gewerkschaft gelungen war, eine (damals dann) angemessene Bezahlung für vor allem die RS- und GHS-Lehrkräfte zu erstreiten. Ohne die GEW würden auch jetzt die notwendigen Schritte nach A13 ausbleiben. Ja, der Artikel 9 des Grundgesetzes bedeutet für mich auch ein Grund, Verfassungspatriot zu sein.

Lehrer, Schulleiter, Schulaufsichtsbeamter, auf allen drei Verantwortungsebenen habe ich erlebt, wie die Personalratsarbeit der GEW segensreiche Wirkungen für die einzelne Lehrkraft, für eine Schule, für die Bildungspolitik in Niedersachsen entfaltet. Austreten mit der Pension? Warum sollte ich den aktiven Lehrkräften meine Solidarität entziehen? Ich bedaure, dass, wie heißt es, der Organisationsgrad heute niedriger ist.

Was ich mir von meiner Gewerkschaft wünsche? Dass sie sich ihre Themen (bottom up) durch regelmäßige Erhebungen bei den Lehrerinnen und Lehrern, auch der Nichtmitglieder, erarbeitet, für eine noch größere Nähe zu den in den Schulen diskutierten Fragen.

Dass es verstärkt gelingt, nach innen und in die Öffentlichkeit hinein die Fachkompetenz einer Bildungsgewerkschaft zu verdeutlichen.

Dass sie mit Nachdruck, mit unüberhörbarem Nachdruck, 10%!!!! des Bruttoinlandsproduktes für die Bildung in der BRD einfordert, den Leuten auch durch Vergleiche zu den anderen Industrienationen auf den Wecker geht.



Foto: privat

Andreas Röhl als Mitglied des Vorsitzenden-Teams gewählt

Andreas Röhl

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach jahrelanger passiver Mitgliedschaft in der GEW, habe ich mich dazu entschlossen, aktiv zu werden und gemeinsam mit euch voranzugehen. Ich möchte für unsere Bedürfnisse eintreten und sie bildungspolitisch vortragen. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit. Bitte sprecht mich an, denn nur als Kollektiv können wir gehört werden.

Von 2009 bis 2013 studierte ich an der Universität in Kassel – Lehramt für Grundschulen. Mein Referendariat absolvierte ich in Münster. Seit 2015 bin ich an einer Grundschule in Osnabrück tätig.

Seit 2013 bin ich Mitglied der GEW und habe mich auch aktiv engagiert: Teilnahme an verschiedenen Kundgebungen und Fortbildungen. Zu Beginn des Jahres habe ich mich dazu entschieden, die GEW auf der lokalen Ebene aktiv mitzugestalten. Deshalb erfolgt auch die Kandidatur zur Wahl in das Team der Vorsitzenden. Auf der Jahreshauptversammlung wurde ich auch in den Vorstand gewählt. Ich danke allen Mitgliedern, die mich in dieses Amt gewählt haben.



Dr. Hans Jürgen Urban im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau – 10. Juli 2023

Was kann die Bundesregierung besser machen?

Wir brauchen ein sozialstaatliches Sicherungsversprechen. Das ist die Zusage an die Menschen, dass wir ihnen zwar vieles zumuten – wir können einzelne Arbeitsplätze nicht garantieren, können nicht gänzlich vor Inflation schützen –, aber dass wir sie nicht ins Bodenlose fallen lassen. Dass sich die Menschen aufgrund solch einer Absicherung auf die Herausforderungen einlassen können. Ein positives Element der Regierungsarbeit ist das geplante Qualifizierungsgeld: Beschäftigte müssen sich in der neuen Arbeitswelt mit neuen Anforderungen konfrontieren, aber sie werden unterstützt sich weiterzubilden, es wird garantiert, dass Einkommen während der Weiterbildung gesichert werden. Zu diesem Versprechen muss auch gehören, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dazu zählt auch, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien Unterstützung erhalten: Denn für die Zukunft junger Menschen kann es von großer Bedeutung sein, ob sie an Klassenfahrten teilnehmen können oder nicht.

Hans Jürgen Urban, Jahrgang 1961, ist seit 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Der promovierte Sozialwissenschaftler ist zuständig für die Themen Sozialpolitik, Arbeitsgestaltung und Qualifizierungspolitik. Urban ist Honorarprofessor an der Schiller-Universität in Jena.

Unsere Jubilarinnen und Jubilare im ersten Halbjahr 2023

50 Jahre

Heinz Darr
Wolfgang Dreher
Joachim Ladkau
Mariana Ritterbusch
Aloys Zumsande

40 Jahre

Ulrich Bösch

25 Jahre

Sabine Ehlke
Mechtild Freitag
Ulrike Schnare

*Wir bedanken uns bei allen Jubilarinnen und Jubilaren
für die langjährige Treue und Unterstützung.
Eine Gewerkschaft kann nur dann erfolgreich wirken,
wenn sie stark ist und treue Mitglieder hat.*

Heinrich-Schüren-Schule: Sanierungsrückstau an Osnabrücker Schulen seit Jahrzehnten eine Herausforderung

Die Stadt Osnabrück hat in den letzten Jahren unbestritten erhebliche Mittel aufgewendet, um an vielen Standorten Erweiterungsgebäude zu errichten und auch umfängliche Sanierungen durchzuführen. Es wurden auch neue Schulgebäude errichtet. Die Hermann-Nohl-Schule, die Grundschulen in Hellern und Atter sowie die IGS Eversburg und die Overbergschule sind Beispiele dafür.



Foto: Heinrich-Schüren-Schule

Beschlossen sind auch erhebliche Investitionen für drei Oberschulen. Die Gesamtkosten stehen mit ca. 150 Mio. € in der Planung. Die Liste der anstehenden Baumaßnahmen ist lang. Allerdings ist nicht ganz nachvollziehbar, nach welchen Kriterien die Reihenfolge auf dieser Liste bestimmt wird. Eine weitere finanzielle Belastung des städtischen Haushaltes ergibt sich durch die Einführung der Ganztagsbeschulung bei allen Grundschulen der Stadt bis zum Schuljahr 2024/25.

Nun kam ein Hilferuf von der Schulleitung, den Lehrer*innen und dem Personalrat aus der Heinrich-Schüren-Schule, den u.a. auch der Kreisverband der GEW Osnabrück-Stadt erhielt: *„Seit nunmehr mindestens 11 Jahren haben wir im Schulgebäude der Heinrich-Schüren-Schule, Osnabrück, Last mit Ungeziefer, speziell einem Befall durch Nagetiere. Seit Jahren werden Kinder und Lehrkräfte durch wiederkehrenden bestialischen Gestank in diversen Räumen, Kontakt mit Hinterlassenschaften von Mäusen und Ratten sowie gelegentlichen ungewollten, persönlichen Begegnungen mit den Tieren, auch während der Unterrichtszeit, in den Klassenräumen belastet.“* (S. auch NOZ vom 25.4. „Mäuseplage an der Osnabrücker Heinrich-Schüren-Schule“) Diese Missstände werden jetzt durch einen staatlichen Kammerjäger und andere Maßnahmen „abgestellt“. Nun denn, ob dass die Nager beeindruckt?

Nach Informationen der Stadt konnte der „bestialische Gestank“ bei Messungen nicht nachgewiesen werden. Es wurde jedoch bereits 2010 ein Planungsverfahren für eine Sanierung der Schule eingeleitet. Das Verfahren wurde allerdings 2014 auf Eis gelegt. Steht jetzt endlich diese Schule auf der Prioritätenliste ganz oben, oder weiter oben als bisher?

Trotz erheblicher Aufwendungen der Stadt verbleibt ein erheblicher Sanierungsrückstau. Dieser wird auch durch die jahrelang verschleppte Sanierungen an vielen Standorten zu höheren Kosten führen: durch die allgemeine Kostensteigerung und den zunehmenden „Verfall“ aufgrund verzögerter Sanierungen.

Die Sanierung maroder Gebäude reicht allerdings nicht aus. Für veränderte pädagogische Konzepte sind entsprechende Räume einschließlich Ausstattung zu schaffen. Durch den Einbau von zusätzlichen Fluchttüren z.B. in der Stüveschule und veraltete Schulmöbel ergeben sich erhebliche Beschränkungen für die Umsetzung flexibler Lernformen (Gruppenarbeit, Stuhlkreis). Tische und Stühle können nicht raumsparend gestapelt werden. Die Raumgröße entspricht auch nicht modernen pädagogischen Anforderungen. Abhilfe könnten hier moderne Schulmöbel schaffen, Anschaffungskosten pro Klassenraum ca. 12.000,00 €.

Die fatalen Zustände des Gebäudebestandes, veraltet und sanierungsbedürftig sowie zum Teil abbruchreif, sind nicht nur eine Herausforderung für Osnabrück. Sie sind bundesweit in fast allen Kommunen Tatbestand. Sie sind auch nicht allein durch die Kommunalverwaltungen zu verantworten. Sie sind aufgrund der knappen Finanzmittel eher Mangelverwalter statt Bildungsgestalter. Verantwortung tragen hier alle politischen Parteien. Deren Mandatsträger*innen auf allen politischen Ebenen haben sich über Jahrzehnte nur mit Sprüchen über die Wichtigkeit der Bildung präsentiert. „Die Bildung unserer Kinder ist unsere Zukunft“, so eine Mandatsträgerin im Schulausschuss der Stadt. Dass es eigentlich um die Zukunft der Kinder geht und es ein Grundrecht auf Bildung gibt, wurde dabei vermutlich nicht mitgedacht.

Die politischen Mandatsträger*innen müssen nun endlich Nägel mit Köpfen machen. Warum ist es nicht möglich, auch für die Bildung ein „Sondervermögen“ (was immer das sein wird) für die Bildung zu beschließen? Deutschland ist eines der reichsten Länder in Europa: „Wirtschaftsriese –

Bildungszwerg.“ (Lührig, Holger H. –1973). Es wäre doch zu schön, wenn unsere Schulen ähnlich ausgestattet wären wie Banken und Versicherungen! Es müssen nicht unbedingt Klimaanlage vorhanden sein und auch kein teurer Teppichboden.

hepe

Dieser Leserbrief wurde von der NOZ nicht abgedruckt!

NOZ vom 7.2.: 150 Millionen Euro: Osnabrück wählt das große Schulbau-Paket ohne Kompromisse und NOZ vom 23.1.: Osnabrück will Schule ohne Turnhalle bauen – und kassiert Kritik von allen Seiten

Der nun beschlossene Bau der Turnhalle für die neue Friedensschule erscheint zunächst als eine richtige Entscheidung. Das Wesen von Entscheidungen ist jedoch, dass sie auch immer den Ausschluss vieler anderer Optionen enthalten. Insbesondere bei politischen Beschlüssen wird dieser Sachverhalt ignoriert. Die dabei entstehenden sogenannten Verzichtskosten werden in der Regel nicht bedacht. Die Ausgaben für die Turnhalle müssen an anderer Stelle eingespart werden. An welcher Haushaltsstelle werden nun diese Einsparungen vorgenommen? Welche Verzichtskosten entstehen, wenn man alternative Projekte nun aufgrund des Turnhallenbaues nicht mehr realisieren kann? Wer trägt diese Kosten, welche Nachteile entstehen für wen? Oder, welche Gebühren müssen nun erhöht werden und zu Lasten wessen?

In der Schulausschusssitzung am 17.1. wurde von den Vertreter*innen der Parteien nur teilweise sachgerecht argumentiert. Die Sporthalle an der Möser-Realschule ist sicherlich für einen sinnvollen Sportunterricht nur beschränkt nutzbar. Durch Hin- und Rückweg geht kostbare Zeit verloren. Sicherlich ist der Gang über den Wall für die Schüler*innen nicht ganz gefahrlos. Dabei dürfte aber die Verkehrssicherheit eine geringe Rolle spielen. Den Kindern ist m.E. nicht zuzumuten, den Wall wegen erheblicher Feinstaubbelastung gerade nach dem Sport zu queren. Wenn die Lungen durch den Sport richtig durchgelüftet sind, trägt eine ordentliche Brise Feinstaub sicherlich nicht zur Gesundheit bei.

In der Ausschusssitzung wurde der Planungsentwurf wegen der fehlenden Turnhalle u.a. als Murks bezeichnet. Die Verwaltung aufgrund fehlender Finanzen für die Mängelverwaltung bei städtischen Investitionen zu kritisieren, lenkt von der Verantwortlichkeit der Parteien ab. Sie sind es doch, die nun endlich den Kommunen die erforderlichen Finanzmittel bereitstellen müssen. Wir benötigen ein Sondervermögen in Höhe von mindestens 100 Mrd. Euro für die kommunalen Bildungsinvestitionen.

09.02.2023 – Henrik Peitsch – Ersatzmitglied im Schulausschuss – Vertreter Arbeitnehmerorganisationen

Online-Kommentar zu einem Bericht von Dietmar Kröger vom 25.3.2023: „Osnabrücker Förderschüler werden vom Landesamt verteilt“ vom 25.3.2023

Die Einrichtung einer Clearingstelle ist eine Verlegenheitsmaßnahme

Mit Recht weist Dietmar Kröger in seinem Bericht auf die ursächliche Problematik hin: Es ist nicht immer der Wille der Schulleitungen, Förderschulkinder aufzunehmen: Es fehlt an Lehrkräften. Allerdings zeigen die Zahlen dieser Kinder an allgemeinbildenden Schulen, dass fast schon traditionsgemäß bestimmte Schulformen sich schlichtweg weigern, Förderschulkinder aufzunehmen. Die Stadt hat keine Handhabe, Schulen zur Aufnahme zu „zwingen“, was sicherlich auch keinen Sinn machen würde. Die Clearingstelle ist ein „zahnloser“ Tiger und wird bei allen guten Anstrengungen der Stadt die Schulleitungen nicht davon überzeugen können, ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben ernst zu nehmen. Offensichtlich haben Schulen noch nicht erkannt, dass sie schließlich von der Gesellschaft alimentiert, d.h. bezahlt werden. Mit dem Lehrkräftemangel haben alle Schulen zu kämpfen.

Henrik Peitsch (hepe)

<https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/clearingstelle-in-osnabrueck-soll-foerderschueler-verteilen-44409344>

GEW bringt A13/A10 auf die Zielgerade – Langjährige Arbeit für eine gerechte Bezahlung zahlt sich aus

Die klare Forderung der GEW Niedersachsen nach einer fairen und wertschätzenden Bezahlung der Schulbeschäftigten zahlt sich aus. Die Landesregierung in Niedersachsen hat dem Verlangen nach einer Anhebung der Gehälter für Grund-Haupt- und Realschullehrkräfte auf A13 / EG13 in einem Rutsch entsprochen. Ebenso konnte die GEW für die zahlreichen Fachpraxislehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen die Anhebung ihrer Gehälter auf A10 / EG9b erreichen.



03.07.2023 - Hannover

„Das ist ein großer Erfolg, für den wir uns jahrelang mit unzähligen Aktionen eingesetzt haben“, betonte der Landesvorsitzende Stefan Störmer. Die gleiche Bezahlung der Lehrkräfte ist ein Zeichen der Wertschätzung. In Zeiten des Fachkräftemangels war dieser Zustand nicht mehr hinnehmbar. Mit der Angleichung der Ausbildungsdauer für alle Lehrämter ist die gleiche Bezahlung nur fair. Die Anhebung der Gehälter für die Kolleg*innen der Fachpraxis an den Berufsbildenden Schulen würdigt deren wichtige Arbeit. „Wir werden uns die Umsetzung natürlich im Detail ansehen, denn der Teufel steckt bekanntlich immer im Detail,“ verwies Störmer.

Offen ist im Moment, ob und wie die Forderung nach einer verbesserten Bezahlung für Therapiefachkräfte an Förderschulen erfüllt wird. „Die Kolleg*innen können sich sicher sein, dass wir hier am Ball bleiben“, bekräftigte der Landesvorsitzende.



ich weiß bescheid
ich bin für #klimaschutz
ich gestalte mit

www.klimalab-os.net



Klima
Lab.os

Paul Samuel Weißheim - Klasse 4b
Grundschule am Schölerberg



Gewerkschaften fordern bei Digitalisierung mehr Mitsprache und mehr Personal

Studie „Digitalisierung in Bildungsberufen“

30.06.2023

Berlin/Frankfurt – Die Digitalisierung in Bildungsberufen nimmt stetig zu, während die Beschäftigten zugleich über fehlende technische Unterstützung klagen. Viel zu oft werden sie nicht einbezogen, wenn neue technische Arbeitsmittel eingeführt werden. Etwa die Hälfte der befragten Erzieher*innen, Lehrer*innen und Hochschullehrer*innen sieht digitale Arbeitsmittel inzwischen als Zusatzbelastung an. Dies sind zentrale Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die DGB, GEW und ver.di anlässlich der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz am Freitag vorlegen.

Demnach beschreiben für das Jahr 2022 insgesamt 97 Prozent der Hochschullehrer*innen und 83 Prozent der Lehrer*innen ihre Arbeit als in hohem oder sehr hohem Maß digitalisiert. Bei den Erzieher*innen ist dieser Anteil mit 41 Prozent geringer. Doch auch im Erziehungsbereich zeigt sich ein deutlicher Anstieg gegenüber 2016 (30 Prozent).

Die Verwendung digitaler Arbeitsmittel wird in allen drei Berufsgruppen von etwa der Hälfte der Befragten als zusätzliche Belastung wahrgenommen. Bei den Lehrer*innen stieg der Anteil mit digital bedingter Mehrbelastung von 35 Prozent im Jahr 2016 auf 57 Prozent im Jahr 2022. Lediglich neun Prozent gaben an, dass ihre Arbeitsbelastung durch die Digitalisierung geringer geworden ist.

Häufig fehlt den Beschäftigten betriebliche Unterstützung, obwohl technische Probleme im Rahmen der Digitalisierung weit verbreitet sind: 37 Prozent der Hochschullehrer*innen, 34 Prozent der Lehrer*innen und 28 Prozent der Erzieher*innen geben an, keine oder nur geringe Unterstützung zu erhalten.

Die Mehrheit der digitalisiert Arbeitenden in den drei Berufsgruppen kann keinen größeren Einfluss auf die Veränderung ihrer Arbeit im Kontext der Digitalisierung nehmen. Tendenz steigend.

...

Maike Finnern, GEW-Vorsitzende:

„Die Sonderauswertung des DGB-Index ‚Gute Arbeit‘ zur ‚Digitalisierung in Bildungsberufen‘ bestätigt eine steigende Arbeitsbelastung der Lehrkräfte durch die Digitalisierung. Auch die Entgrenzung in Lehrberufen hat in den vergangenen Jahren durch die Digitalisierung weiter zugenommen. Für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist klar: Wir brauchen mehr zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen im Bildungsbereich. Ein 100-Milliarden-Programm für Bildung, die Verstetigung des Digitalpakts und ein ausgebauter IT-Support in Bildungseinrichtungen sind nicht ‚nice-to-have‘, sondern eine zentrale Zukunftsfrage. Besorgt nehmen wir zur Kenntnis, dass Beschäftigte in Bildungsberufen wenig Einfluss auf die Digitalisierung haben. Hier brauchen wir eine Kehrtwende: Die Beschäftigten müssen die digitale Transformation mitgestalten können.“

Die Studie kann hier abgerufen werden:

https://www.gew.de/fileadmin/media/sonstige_downloads/hv/Service/Presse/2023/DGB-Index-Kompakt-2023-03-Digitalisierung-Bildungsberufe.pdf



LabourNet Germany

Auf der Website von LabourNet befindet sich ein Dossier zum Gesetzentwurf:
**„Entfristen! Bildungsgewerkschaft präsentiert Gesetzentwurf zum
 Wissenschaftszeitvertragsgesetz“**

PM 022 - 10.05.2023

Aus- und Weiterbildung



Berufsbildungsbericht: Ausbildung weiter in der Krise

Erstmals haben mehr als 2,64 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss und nur noch knapp 19 Prozent der hiesigen Unternehmen bilden überhaupt aus. Dies sind zwei zentrale Ergebnisse des neuen Berufsbildungsberichtes, mit dem sich heute das Bundeskabinett befassen wird. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack sagte am Mittwoch in Berlin:

„Immer mehr junge Menschen sind ohne Berufsausbildung, das ist ein bildungspolitischer Skandal. Um diesen Trend umzukehren, müssen Politik und Arbeitgeber endlich effektiv gegensteuern. Nach wie vor fallen zu viele junge Menschen durch das Raster und bekommen nicht die Unterstützung, die nötig wäre. Die von der Bundesregierung beschlossene Ausbildungsgarantie muss nun zügig vom Bundestag beschlossen werden, um diese Entwicklung aufzuhalten.“

Wichtig ist auch eine Stärkung der betrieblichen Ausbildung. Hier sind zuallererst die Arbeitgeber gefordert, denn seit Jahren sinkt die Zahl der Ausbildungsbetriebe. Wer nach Fachkräften ruft, muss auch in die Ausbildung investieren. Da der Markt allein es offensichtlich nicht regelt, fordert der DGB zudem eine bundesweite Ausbildungsumlage, in die alle Unternehmen einzahlen und aus der ausbildende Betriebe gefördert werden. Bremen hat ein solches Modell vor Kurzem eingeführt.

Trotz unbesetzter Ausbildungsstellen sind wieder über 200.000 junge Menschen in den vielen Maßnahmen des Übergangsbereichs gelandet. Es gibt also genügend Ausbildungsinteressierte. Die Betriebe sollten ihre Erwartungen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen hinterfragen und auch jungen Menschen mit schwächeren Schulleistungen eine Chance geben. Wir können es uns nicht länger leisten, diese jungen Menschen und ihre Potenziale links liegen zu lassen.“

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau – 5. Juli 2023

Wer sind eigentlich die Wähler und Wählerinnen der AfD? Das werden ja wohl kaum alles Neonazis sein, wie manche meinen.

Nein, auch deshalb insistiere ich, den Begriff des „Autoritären Nationalradikalismus“ stark zu machen. Dahinter verbergen sich nicht Neonazis, das ist eine andere Gruppierung. Es gibt vier Gruppen, die man hier besonders nennen muss. Die AfD gewinnt gerade in Ostdeutschland bei den autoritär sozialisierten Menschen, die in einen Kontext des Kontrollverlustes hineingeraten sind. Das sind Menschen, die aufgrund der Wende viele Brüche in ihrer Lebensbiografie und oft Anerkennungsverluste erfahren haben. Für diese Menschen ist es attraktiv, wenn die Wiederherstellung von Kontrolle propagiert wird. Die zweite Gruppe sind ehemalige Nichtwähler, denen das Vertrauen in die Demokratie fehlt. Die AfD hat es geschafft, viele von ihnen aus der wutgetränkten Apathie zu holen. Hier hat die AfD mit ihrem rabiaten Kommunikations- und Mobilisierungsstil angesetzt. Zur dritten Gruppe zählt die Arbeiterschaft, bis hin zu Gewerkschaftsmitgliedern. Die vierte Gruppe ist eine, die einem besonders Sorgen machen muss, die rohe Bürgerlichkeit. Hinter einer glatten bürgerlichen Fassade verbirgt sich ein Jargon der Verachtung. Diese rohe Bürgerlichkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt und ist in Westdeutschland noch nicht als Potenzial ausgeschöpft. Bei diesen vier Gruppen erfahren die etablierten Parteien nicht ausreichend Resonanz, weil diese Gruppen den Eindruck haben, dass sie nicht hinreichend wahrgenommen werden. Wer nicht wahrgenommen wird, ist ein Nichts.

Wilhelm Heitmeyer, 78, war Gründer und von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld. Aktuell arbeitet er dort noch als Senior-Professor.

15-PUNKTE-PROGRAMM GEGEN DEN LEHRERMANGEL

Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands der GEW – Frankfurt a.M., Oktober 2022 (Auszug)

1. Arbeitszeitreserven heben



Die meisten Lehrkräfte lieben ihren Beruf, arbeiten aber unter sehr hohen Belastungen. Die Folge: Überdurchschnittlich hohe Teilzeitquoten, auch um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können, Langzeiterkrankungen, Frühpensionierungen – und eine abschreckende Wirkung auf junge Menschen, die vor der Entscheidung für einen Beruf stehen. Um ausgebildete Lehrkräfte an den Schulen zu halten, müssen die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessert und damit attraktiver werden (Senkung der Arbeitszeit, kleinere Klassen, mehr Ausgleichsstunden, besserer Gesundheitsschutz, höhere Altersermäßigung, Unterstützungssysteme für Lehrkräfte wie Team-Coaching und Supervision und so weiter). Die GEW bietet zu diesen Punkten Verhandlungen an.



2. Multiprofessionelle Teams bilden



Die Schulen müssen personell besser, aufgabengerechter und passgenauer aufgestellt werden. Dazu gehören unterschiedliche Professionen, insbesondere für den Ausbau des Ganztags, die Inklusion und die Integration Geflüchteter: Sozialpädagog*innen und -arbeiter*innen, Erzieher*innen, Psycholog*innen, Heilerziehungspfleger*innen, Therapeut*innen, Kunsterzieher*innen, Musikpädagog*innen, Dolmetscher*innen und herkunftssprachliche Lehrkräfte sowie Lehrkräfte für Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache. Diese Berufsgruppen sollen in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. So können Aufgaben und Arbeit den unterschiedlichen Qualifikationen entsprechend besser verteilt werden. Damit wird Entlastung geschaffen. Die Qualität der Angebote der Schule und der Unterricht verbessern sich. Die Zufriedenheit aller Beschäftigten steigt.

3. Mehr IT- und Verwaltungsunterstützung



Zusätzlich müssen Verwaltungskräfte, Assistenzen und IT-Fachleute eingestellt werden. Sie sollen nichtpädagogische Arbeiten übernehmen und unter anderem eine digitale Infrastruktur aufbauen und deren Wartung übernehmen sowie Labore, Werkstätten oder Lehrküchen betreuen. Lehrkräfte werden damit von fachfremden Aufgaben entlastet. So wird mehr Zeit für die pädagogische und soziale Arbeit mit den Schüler*innen gewonnen.

4. Gutes Geld für gute Arbeit – Attraktivität des Lehrkräfteberufs steigern



Die Attraktivität des Lehrkräfteberufs muss verbessert werden. Dazu gehört auch, alle voll ausgebildeten Lehrkräfte nach A13 (Beamte*innen und Beamte) und E13 (Angestellte) zu bezahlen. Das ist nicht nur eine Frage der Gleichbehandlung mit anderen akademischen Berufen im öffentlichen Dienst und der Anerkennung der professionellen pädagogischen und fachlichen Arbeit, sondern hilft auch gegen den besonders an Grundschulen herrschenden Lehrkräftemangel. Die Arbeit an den Grundschulen aufzuwerten, die überwiegend von Frauen geleistet wird, ist überfällig – das gilt auch für die Schulen der Sekundarstufe.

...

14. Kurswechsel bei Einstellungspolitik



Die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Länder müssen umgehend eine Strategie entwickeln, kontinuierlich eine ausreichende Zahl Lehrkräfte auszubilden und einzustellen, um den ständigen Zyklus von Lehrkräfteüberschuss und -mangel künftig zu überwinden. Die Ministerien beziehen dabei den Sachverstand der Beschäftigten und ihrer Vertretungen ein. Die GEW bietet hierfür ihre Unterstützung an.

...

Forschenden an Unis helfen, nicht schaden **Ministerin Bettina Stark-Watzinger muss mit ihrem Gesetz Zeitverträge an** **Hochschulen fairer regeln** **Andreas Keller**

„Dauerstellen für Daueraufgaben“ – der Slogan der Bildungsgewerkschaft GEW hatte es 2021 in die Koalitionsvereinbarung von SPD, Grünen und FDP geschafft. Die Ampelkoalition stellte eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) in Aussicht und wollte insbesondere „die Planbarkeit und Verbindlichkeit in der Post-Doc-Phase deutlich erhöhen“.

Aus gutem Grund: Nach den Daten der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegebenen Evaluation des Gesetzes werden 84 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Universitäten mit einem Zeitvertrag abgespeist, an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaft (HAW) sind es 78 Prozent. Verträge laufen an den Unis im Durchschnitt 18 Monate, an den HAW sogar nur 15 Monate.

Lange und steinige Karrierewege lassen die Betroffenen bis ins fünfte Lebensjahrzehnt im Ungewissen, ob sie auf Dauer forschen und lehren dürfen oder aus dem System gekickt werden. Professur oder Rauswurf, W3 oder Hartz IV – auf diese Extreme spitzen sich die Optionen einer wissenschaftlichen Laufbahn zu. Entsprechend groß waren die Erwartungen, als das BMBF am 6. Juni seinen Referentenentwurf für eine WissZeitVG-Novelle präsentierte.

Das Ministeriums sieht vor, die maximale Befristungsdauer für Postdocs von sechs auf künftig vier Jahre zu reduzieren. Weitere zwei Jahre Befristung sollen in Verbindung mit einer Anschlusszusage möglich sein. Das bedeutet, dass ein befristetes Beschäftigungsverhältnis entfristet wird, wenn in einer Zielvereinbarung verankerte Leistungen in Forschung und Lehre erreicht werden.

Zunächst ist es ein symbolischer Durchbruch, dass das BMBF an dem von der GEW 2022 in ihrem Dresdner Gesetzentwurf für ein „Wissenschaftsentfristungsgesetz“ formulierten Konzept einer Anschlusszusage nicht mehr vorbei kann. Wenn es nach dem BMBF geht, soll die Zusage den Postdocs aber allenfalls dann winken, wenn sie nach der Promotion bereits eine vierjährige Durststrecke ohne jede Planbarkeit absolviert haben.

Es ist zu befürchten, dass reformrenitente Präsidentinnen und Rektoren ihren Postdocs zwar vier Jahre lang die Anschlusszusage wie eine Karotte vor die Nase halten, sie aber am Ende doch



Foto: GEW

auf die Straße setzen oder mit weiteren Zeitverträgen abspeisen würden. Diese wären nach dem BMBF-Gesetzentwurf auch nach den vier Jahren möglich, wenn sie drittmittelfinanziert sind oder außerhalb des Geltungsbereichs des WissZeitVG liegen, etwa im Beamtenrecht.

Auf diese Weise ließe sich die Postdoc-Phase locker auf zehn Jahre ausdehnen: vier Jahre Zeitvertrag nach WissZeitVG plus sechs Jahre Verbeamtung auf Zeit auf einer Juniorprofessur– Drittmittelverträge nicht eingerechnet. Das wäre exakt das Wunschmodell der in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zusammengeschlossenen Wissenschaftsarbeitgeber.

Das BMBF ist in der Postdoc-Frage eins zu eins den Arbeitgebern gefolgt, an einem fairen Interessenausgleich mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften war es nicht interessiert. Kein Wunder, dass gegen den Gesetzentwurf nicht nur die Betroffenen unter dem Hashtag #NotMyWissZeitVG in der zurückliegenden Woche mobil machten, sondern auch SPD und Grüne die Zustimmung verweigern: Der Gesetzentwurf ist kein Entwurf der Ampelkoalition, sondern des BMBF.

Ministerin Bettina Stark-Watzinger steht da wie eine Königin ohne Reich. Ihr fehlt nicht nur die Akzeptanz in der Wissenschafts-Community, sondern auch der Rückhalt in der eigenen Koalition. Allein mit den Wissenschaftsbossen und der FDP lässt sich aber keine Reform auf den Weg bringen. Dabei enthält der Gesetzentwurf jenseits der Postdoc-Regelung durchaus Ansätze, die ausbaufähig sind. Mindestvertragslaufzeiten für Promovierende – ja, aber bei einer durchschnittlichen Qualifizierungsdauer von 5,7 Jahren greifen die vom BMBF geplanten drei Jahre zu kurz und statt einer wachweichen Soll-Bestimmung brauchen wir eine verbind-

liche Vorgabe.

Oder die unsägliche Tarifsperre, die Arbeitgebern und Gewerkschaften verbietet, selbst bessere Zeitvertragsregelungen auszuhandeln. Die Sperre darf nicht nur aufgeweicht und durchlöchert werden, sie muss ersatzlos gestrichen werden, wofür sich in der vergangenen Wahlperiode aus der Opposition heraus auch viele in der FDP stark gemacht hatten. Geben Sie Tariffreiheit, Frau Ministerin!

Die Ampelkoalition wird es mit der WissZeitVG-Reform nicht allen recht machen können. Aber sie darf den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht vor den Kopf stoßen, sondern muss einen fairen Kompromiss suchen.

Andreas Keller ist stellvertretender Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung der GEW – Dieser Beitrag erschien am 17. Juni 2023 in der Frankfurter Rundschau. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Frankfurter Rundschau

Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte

Ein erster Versuch, einen zwanglosen Austausch am 15. März 2022 zu initiieren, konnte leider nicht realisiert werden. Corona (Erkrankungen, Quarantäne) hat es verhindert. Interessierte Lehrkräfte können ihr Interesse an einem neuen Termin gerne der GEW-Geschäftsstelle mitteilen. Bei Interesse bitte per Mail anmelden. Danke!

gew-osnabrueck@t-online.de



Bernd Glüsenkamp

„Ich muss gestehen: dass ein schönes Gedicht mir immer ein reines Vergnügen gemacht hat, anstatt dass die Lesung der besten Rede eines römischen Volks- oder jetzigen Parlaments- oder Kanzelredners jederzeit mit dem unangenehmen Gefühl der Missbilligung einer hinterlistigen Kunst vermengt war, welche die Menschen als Maschinen in wichtigen Dingen zu einem Urteil zu bewegen versteht, das im ruhigen Nachdenken alles Gewicht bei ihnen verlieren muss. Beredtheit und Wohlredenheit (zusammen Rhetorik) gehören zur schönen Kunst; aber Rednerkunst (ars oratoria) ist, als Kunst sich der Schwächen der Menschen zu seinen Absichten zu bedienen (diese mögen immer so gut gemeint, oder auch wirklich auch gut sein, als sie wollen), gar keiner Achtung würdig. Auch erhob sie sich nur sowohl in Athen als in Rom zur höchsten Stufe zu einer Zeit, da der Staat seinem Verderben zueilte und wahre patriotische Denkungsart erloschen war.“

(Immanuel Kant: Zur Kritik der Urteilskraft" 1790 – Anmerkung zu § 53 „Vergleich des ästhetischen Werts der schönen Künste zueinander" AA 328f)

Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!

Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir neue Mitglieder werben und sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Kreisvorstand der GEW vor Ort aktiv beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: Werdet aktiv! Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte telefonisch: 0541/259620 oder per Mail:
gew-osnabrueck@t-online.de

Wer noch schneller informiert werden möchte, schicke bitte eine Mail an folgende Adresse:
gew-osnabrueck@t-online.de

Wir nehmen die Adresse dann in unseren Mailverteiler auf!

Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und auf Wunsch auch wieder gelöscht!



Auf dem „Schul-Weg“ zur Klimaneutralität Dr. Christoph Stein

Niedersächsische Schulen als bedeutsame Treibhausgas-Emittenten

In Niedersachsen wurden für das Jahr 2019, also vor Corona, von 200 Gymnasien und Gesamtschulen (das sind etwa 60 Prozent dieser Schulformen) die Verbrauchsdaten für Strom und Heizung erhoben und daraus der CO₂-Ausstoß berechnet. Das Ergebnis:

- Eine durchschnittliche niedersächsische Schule (Gymnasien und Gesamtschulen) mit ca. 1.000 Schülern und 80 Lehrkräften emittiert durch Strom und Heizung 385 Tonnen CO₂ pro Jahr.
- Die 388 Gymnasien und Gesamtschulen in Niedersachsen emittieren zusammen jährlich ca. 150.000 Tonnen CO₂ für Strom und Heizung und die gleiche Menge für Transport und Schulesen. Summe: 300.000 Tonnen CO₂.

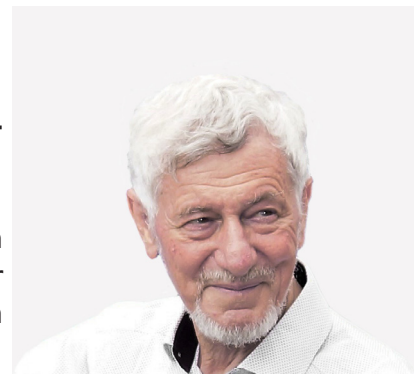


Foto: privat

Nach den Krankenhäusern sind die großen Schulen die größten Treibhausgasemittenten, auf die die Kommunen als Schulträger einen direkten Zugriff haben: Ohne klimaneutrale Schulen – keine klimaneutralen Kommunen, ohne klimaneutrale Kommunen – kein klimaneutrales Land.

Treibhausgas-Quellen der Schulen

Die wichtigsten CO₂-Quellen der Schulen sind Strom, Heizung, Schülerfahrten zur Schule, Klassenfahrten, Lehrkräftefahrten zur Schule und das Schulesen. Papier und Abfall tragen bei den meisten Schulen wenig zur CO₂-Emission bei. Natürlich gibt es große Emissions-Unterschiede zwischen Stadt und Land, Altbauten und Neubauten (vgl. Abb. 1).

Der erste Schritt: Die Emissionsanalyse der Schulen

Eine Anleitung zur Bestimmung der schulischen Emissionen wurde vom niedersächsischen Kultusministerium und der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen bereitgestellt (KEAN):

<https://klimaneutrale-schule.de>

Damit kann als erster und entscheidender Schritt die Feststellung des schuleigenen CO₂-Ausstoßes vollzogen werden: Sind es 300 Tonnen, 500 Tonnen oder 700 Tonnen?

Das Ergebnis löste bei allen bisher beteiligten Schulen Überraschung, Erstaunen und Motivation

aus. Um Schulen mit unterschiedlichen Schülerzahlen miteinander vergleichen zu können, verwendet man die Pro-Kopf-Emissionen. Zur Orientierung, ob die Werte im Bereich Heizung eher gut oder schlecht sind, mag diese Übersicht dienen:

- Gute Werte: < 60 kg CO₂ / Person
- Mittlere Werte: 60 bis 100 kg CO₂ / Person
- Schlechte Werte: >100 kg CO₂ / Person

Der Vergleich der eigenen Schuldaten mit anderen niedersächsischen Schulen in Abb. 2 zeigt, ob die Schule viel oder wenig emittiert.

Genauer über die unterschiedlichen Treibhausgas-Quellen erfährt man durch die prozentuale Darstellung der Emissionsquellen und ihren Vergleich mit einem Schuldurchschnitt (Abb. 3). Der Vergleich zeigt, dass das betroffene Gymnasium gegenüber anderen Schulen relativ wenig emittiert bei den Lehrerfahrten, dem Schulesen, dass aber die Heizung den größten Minderungsbedarf aufweist.

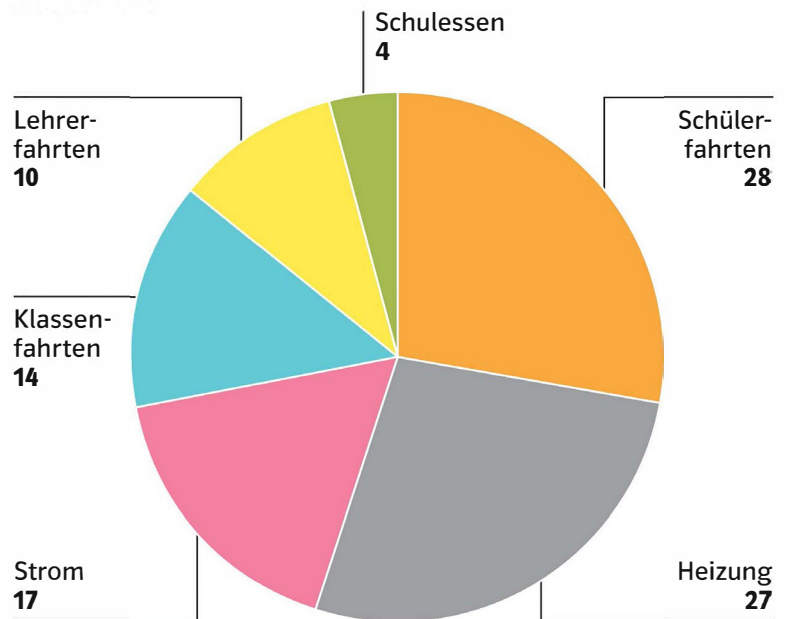
CO₂-Vermeidung durch Energieeinsparung

Die Verminderung des Stromverbrauchs ist „kinderleicht“

1. Zum Alltag vieler Schulen gehören die „Energiewächter*innen“: In jeder Klasse gibt es zwei, meistens wöchentlich wechselnde Schüler*innen, die in den großen Pausen und nach dem Unterricht den Unterrichtsraum zuletzt verlassen und für das Ausschalten des Lichtes und stromnutzender Geräte verantwortlich sind. Das vermindert 15 bis 20 Prozent des Strombedarfes.
2. Heute benötigt jede Schule eine große Photovoltaikanlage. Mit einem Solarkataster (<https://solarenergie.de/hintergrundwissen/solarenergie-nutzen/solarkataster>) oder Luftbildern kann man die für Photovoltaik geeignete Dachfläche der Schule bestimmen. Da-

raus lässt sich die mögliche Jahresstromproduktion berechnen und mit dem derzeitigen Stromverbrauch vergleichen. Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern sollten beim Schulträger vorstellig werden und eine PV-Anlage fordern, die mindestens den Jahresstrombedarf der Schule deckt. Besser ist es, wenn sie etwas größer ist, um später Ladesäulen für die E-Mobile auf dem Lehrerparkplatz versorgen zu können. Da die Installation von großen PV-Anlagen durch Investoren nach dem „Schaumburger Modell“ (s.u.) für den Schulträger kostenlos (!) ist, haben sich in letzter Zeit Photovoltaik-Anlagen auf Schuldächern verbreitet und gehören bald zum Standard. Die für Niedersachsen zuständige Beratungsinstitution, die Klimaschutz- und Energie-Agentur Niedersachsen empfiehlt den niedersächsischen Kommunen das „Schaumburger Modell“ (www.klimaschutz-niedersachsen.de/_downloads/GuteBeispiele/2021-09-07-Schaumburger-Modell.pdf).

**Abb. 1: Schulische Treibhausgase:
Anteile der Emissionsquellen in %**



© Abb. 1 bis 4: Christoph Stein

Die Schülerverkehrs-Emission – ein Problem ländlicher Räume

Auf Basis einer Schülerbefragung („Wie kommst du in die Schule: zu Fuß, per Rad, per ÖPNV oder Auto? Und wie weit ist der Schulweg?") wird ein sogenannter modal split (prozentuale Aufteilung der Verkehrswege) der Schule erstellt. Ein Vergleich zwischen mehreren Schulen kann motivierend sein (Abb. 4).

Die treibhausgasintensive Nutzung der „Eltern-taxis“ ist im Unterricht zu thematisieren. An Schulen, wo sie eine bedeutsame Rolle spielen, sollten die Eltern routinemäßig beim ersten Elternabend der 5. Klassen darauf hingewiesen werden. Die Förderung des Fahrradverkehrs (z.B. mit Aktionen „Stadtradeln“ und „fahrRad fürs Klima“) sind wichtige „Schul-Aufgaben“. Solange der ÖPNV v.a. im ländlichen Raum mit dieselgetriebenen Bussen erfolgt, wird der Schülerverkehr die größte zurzeit unvermeidbare schulische Emissionsquelle bleiben.

Der Beitrag der Lehrkräftefahrten zur Schulemission

Auch hier ist ein modal split eine wichtige Diskussionsgrundlage: Ein Vergleich zwischen mehreren Schulen ist handlungsfördernd. Neben der Werbung für den Radverkehr, z.B. durch einen günstig gelegenen Lehrer-Fahrradkeller mit Umkleemöglichkeit, ist die wesentliche Minderungsmaß

Die Heizung – ein schwieriger Emittent

1. Die Heizung macht etwa ein Drittel der schulischen Emission aus. Die „Energiewächter“ messen täglich in allen Klassen die Raumtemperatur und melden dem Hausmeister, wenn sie 20 Grad Celsius übersteigt. In den Pausen wird auch nach Corona das Stoßlüften durch die Energiewächter beibehalten.
2. Vergleich der Pro-Kopf-Heizungs-Emissionen mit anderen Schulen: Liegt die Schule deutlich über dem Durchschnitt von 100 kg pro Person, erfordert dies ein Gespräch mit dem Schulträger. Die kurzfristige Minimalforderung ist die
 - Hausmeisterschulung im Heizungsbereich,
 - ein sogenannter „Hydraulischer Abgleich“,
 - eine Optimierung der Heizkurve.

Danach steht eine Wärmedämmung an. Erst nach einer guten Wärmedämmung ergibt eine Diskussion über eine alternative Heizquelle (Wärmepumpe, Pelletheizung, Biogas) Sinn. Die Senkung des CO₂-Ausstoßes durch Strom ist relativ leicht möglich durch die etablierte und kostengünstige Photovoltaik. Dem gegenüber heißt die Senkung der durch die Heizung verursachten Treibhausgase, ein dickes Brett zu bohren.

nahme das Aufstellen von E-Ladesäulen auf dem Lehrerparkplatz. Dies ermöglicht Lehrkräften, ihr E-Mobil während des Unterrichts – möglicherweise kostenlos – aufzuladen. Lehrkräfte können damit animiert werden, früher auf E-Mobilität umzusteigen. Voraussetzung ist eine große Photovoltaik-Anlage auf dem Schuldach, deren Kapazität den normalen Jahres-Strombedarf der Schule übersteigt. Es hat zurzeit noch keinen Sinn, dafür den Strom aus dem Netz zu verwenden.

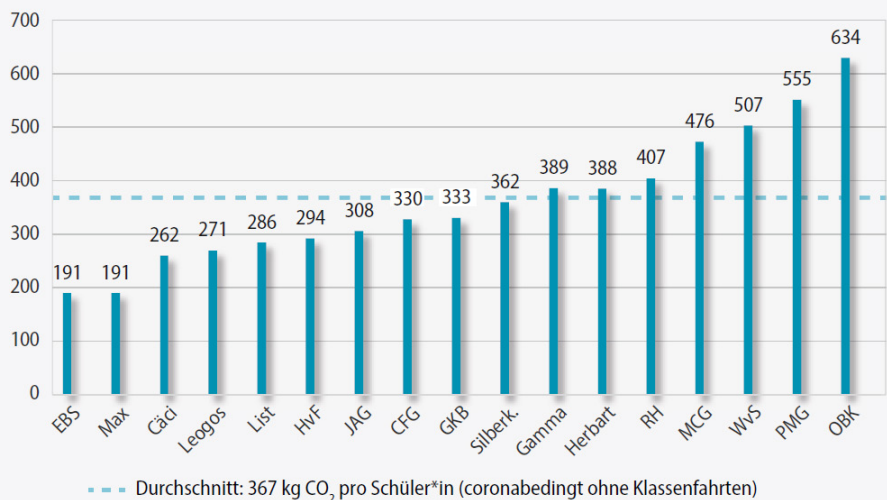
Minderung der Emission durch das Schulessen

Der Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß des Schulessens ist abhängig von der Anzahl der Wochentage, an denen verpflichtend Nachmittagsunterricht stattfindet, und kann sich daher zwischen verschiedenen Schulen beträchtlich unterscheiden. Zielführender ist es, den Prozentanteil fleischhaltiger und vegetarischer Gerichte zu vergleichen, da der CO₂-Ausstoß wesentlich vom Fleischgehalt des Schulessens abhängt. Es ist i.d.R. vergleichsweise leicht möglich, einen oder zwei „Veggie-Tage“ durch Abstimmung in der Schulgemeinschaft einzuführen, also Schultage, an denen nur vegetarische Gerichte angeboten werden.

Die Rolle des Religionsunterrichtes auf dem Weg zur klimaneutralen Schule

Der Religionsunterricht als bedeutendstes Fach einer Wertebildung trägt durch das Thema „Klimagerechtigkeit“ zur allgemeinen Sensibilisierung einer Schulgemeinschaft bei, zu einer Offenheit, sich mit dem Anspruch auf Gerechtigkeit im Verantwortungsbereich der eigenen Schule ausein-

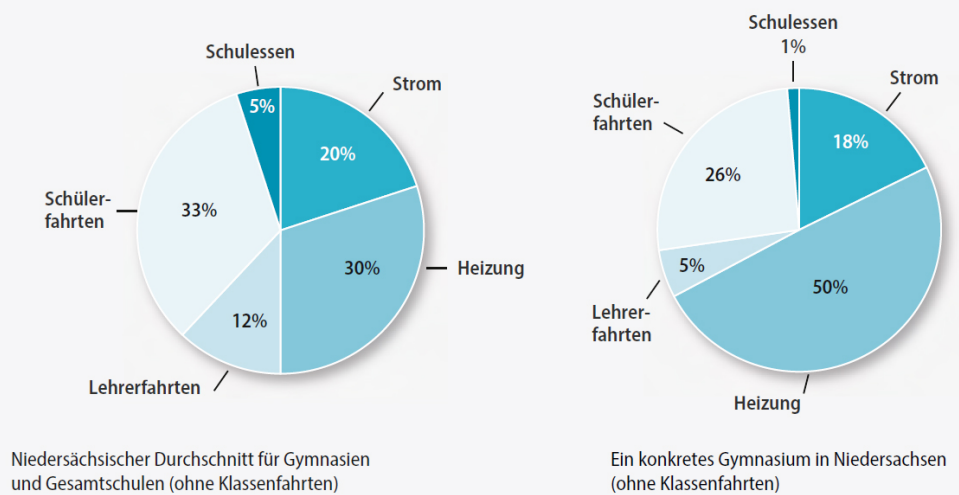
Abb. 2: Emissionen von 17 niedersächsischen Gesamtschulen und Gymnasien pro Schüler*in in kg CO₂ pro Jahr



anderzusetzen. Die Erkenntnis, dass die eigene Schule zu den größten kommunalen Treibhausgas-Emittenten und damit zu bedeutsamen Verursachern von Klimaungerechtigkeit gehört, stärkt die Motivation, dies zu ändern. Damit kann der Religionsunterricht eine ethische Grundstimmung vermitteln, die eine Basis für konkrete Veränderungsbereitschaft legt.

Dieses für Schüler*innen hochinteressante The-

Abb. 3: Durchschnittliche CO₂-Emission von nds. Schulen Vergleich einer Schule mit dem Durchschnitt



menfeld führt vielfach zu einer Bereitschaft, sich vegetarischer oder veganer Kost anzunähern. Wie z.B. das evangelische Philipp Melancthon Gymnasium Meine zeigt, ist die Einführung von ein bis zwei „Veggi“-Tagen durch eine Abstimmung in der Schülerschaft bei entsprechender Sensibilisierung vergleichsweise leicht umsetzbar. Zu diesem Themenkomplex gibt es eindrucksvolles Unterrichtsmaterial. Die Links finden Sie in der Literatur- und Link-Liste.

Von der klimafreundlichen zur klimaneutralen Schule

Vielen Schulen gemeinsam ist das Ziel der „klimafreundlichen“ Schule, also einer Schule, die ihre Treibhausgase vermindert. Dieses Ziel reicht vielen Schüler*innen und Lehrkräften aber nicht; sie fordern deutlich mehr.

Leider ist eine emissionsfreie Schule nicht möglich. Selbst wenn alle Schüler*innen und Lehrkräfte einer Schule sich vollkommen vegan ernährten, wäre die Schule beim Schulessen nicht emissionsfrei. Es gibt keine CO₂-freie Ernährung. Trotzdem bleibt die emissionsfreie Schule eine Leitlinie, ein Blick nach den Sternen: „Wie die Fischer richten sie ihren Kurs nach den Sternen, aber sie erreichen sie niemals.“

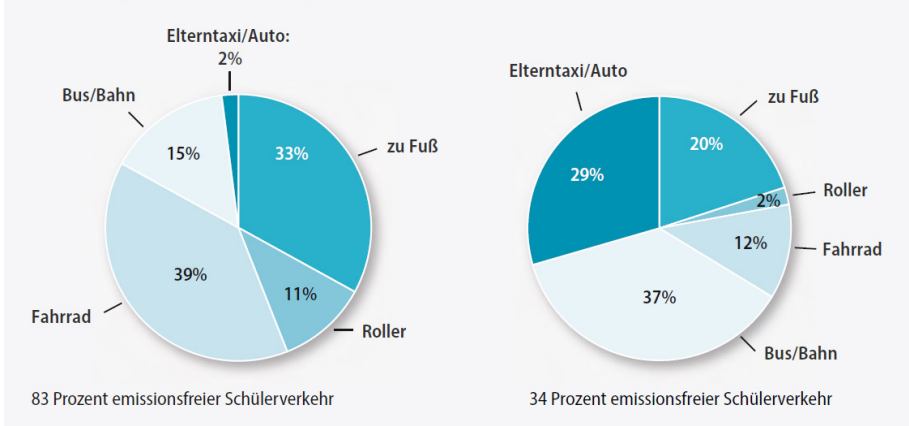
Schüler*innen sowie Lehrkräfte, die mehr als nur eine klimafreundliche Schule anstreben, haben anstelle der Vision der emissionsfreien Schule die zweitbeste Lösung, die klimaneutrale Schule gewählt. Diese ist i.d.R. emissionsarm, aber nicht emissionsfrei.

Um trotz unvermeidbarer CO₂-Emissionen klimaneutral zu werden, gibt es nur eine Lösung: Das Weltklima würde durch diese Treibhausgase nur dann nicht geschädigt, wenn zur gleichen Zeit irgendwo auf der Erde die gleiche Menge an Treibhausgasen vermieden, d.h. eingespart würde, so dass die weltweite CO₂-Konzentration konstant bliebe. Das ist die CO₂-Kompensation. CO₂-Kompensation bedeutet, bezogen auf das Weltklima, den Ausgleich einer hier unvermeidbaren Emission an einem anderen Ort. Sie ist eine Voraussetzung für Klimaneutralität.

Die CO₂-Kompensation kann z.B. durch die Renaturierung von Mooren, die viel CO₂ speichern können, erfolgen. Das kostet 70 Euro pro Tonne CO₂. Für ein Gymnasium oder eine Gesamtschule mit etwa 1.000 Schüler*innen mit einer vergleichsweise geringen CO₂-Emission von 300 Tonnen im Jahr würden also 21.000 Euro Kompensationskosten pro Jahr anfallen. Günstiger ist die Kompensation in Entwicklungsländern z.B. durch den Bau kleiner Biogasanlagen, Solarleuchten oder holzsparende Öfen. Der kirchliche Kompensationsanbieter Klimakollekte führt solche Maßnahmen im Globalen Süden für 23 Euro pro Tonne CO₂ durch (<https://klima-kollekte.de>)

Die Initiative „Klimaneutrale Schule“ in Nie-

Abb. 4: Vergleich des *modals splits* zweier niedersächsischer Gymnasien



dersachsen ([tps://klimaneutrale-schule.de](https://klimaneutrale-schule.de)) erlaubt den Schulen, die zurzeit nicht vermeidbaren Treibhausgase zu kompensieren. Damit sich keine Schule im Sinne von „Ablasshandel“ freikaufen kann, muss jede Schule jährlich eine deutliche Emissionsminderung nachweisen. Der Anteil der zurzeit unvermeidbaren Treibhausgase muss also jährlich abgesenkt werden, bevor eine Kompensation möglich ist. Ein Teil der am Projekt „Klimaneutrale Schule“ beteiligten, niedersächsischen Schulen hat ihren CO₂-Ausstoß schon etwa auf die Hälfte des niedersächsischen Durchschnitts reduziert. (Abb.2)

Das niedersächsische Kompensationsprojekt

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Entwicklungsorganisation der Bundesregierung, hat in jahrelangen Untersuchungen herausgefunden, dass an afrikanischen Landschulen noch immer auf drei Steinen gekocht wird und dabei im Jahr 160 Tonnen Feuerholz verbraucht werden. Ein aus heimischem Material gebauter, holzsparender Ofen kann jährlich 80 Tonnen Feuerholz und 100 Tonnen CO₂ vermeiden. Niedersächsische Schulen, die mit schuleigenen Entwicklungsprojekten in Afrika engagiert sind (<https://wasser-fuer-kenia.de/projekte-deutscherschulen>), können ihren unvermeidbaren CO₂-Ausstoß durch Finanzierung eines holzsparenden Schulofens an einer afrikanischen Landschule kompensieren. Von niedersächsischen Gymnasien und Gesamtschulen wurden inzwischen 24 holzsparende Schulöfen durch Spenden ermöglicht. Sie sparen jährlich 2.400 Tonnen CO₂ ein und helfen den niedersächsischen Schulen, klimaneutral zu werden.

Erfahrung von Selbstwirksamkeit

Die größte Motivationsquelle für Menschen ist die Erfahrung der Selbstwirksamkeit – die Erfahrung etwas erreicht, etwas bewirkt, etwas verändert zu haben. Das gilt natürlich auch und besonders für Jugendliche. Schüler*innen wollen nicht nur analysieren, interpretieren, argumentieren, diskutieren, um schließlich angesichts scheinbar unüberwindbarer Sachzwänge zu resignieren. Sie wollen handeln, etwas bewirken, die „Welt an einem konkreten Ort etwas besser machen.“ Sie wollen Selbstwirksamkeit als Ermutigung erfahren.

Welcher konkrete Ort wäre da geeigneter als die eigene Schule? Ein Schüler*innen und Lehrkräfte gleichermaßen motivierendes Ziel ist die kli-



Beitrag zur CO₂-Reduzierung: Aufstellen von E-Ladesäulen auf dem Lehrkräfteparkplatz.

© Martin Vollrath, Sibylla-Merian-Gymnasium Meinersen

maneutrale Schule. Der Religionsunterricht kann dazu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Literatur

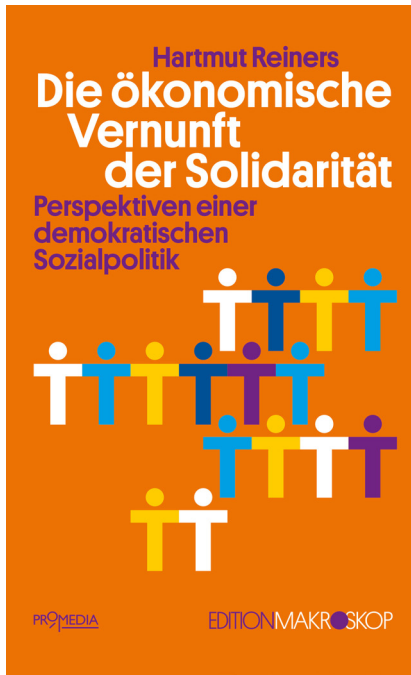
Wagner, Oliver u.a.: Making School-Based GHGEmissions Tangible by Student-led Carbon Footprint Assessment Program; *Energies* 2021, 14. www.mdpi.com/1996-1073/14/24/8558

Links

- www.rpi-ekkw-ekhn.de/home/bereiche/rpiimpulse/2021/321
- [www.donbosco-magazin.eu/Eltern/Familien leben/Wir-verzwecken-die-Tiere-gnadenlos](http://www.donbosco-magazin.eu/Eltern/Familien%20leben/Wir-verzwecken-die-Tiere-gnadenlos)
- www.misereor.de/fileadmin/publikationen/lehrerforum-123-klimawandel-und-gerechtigkeit.pdf
- www.misereor.de/fileadmin/publikationen/unterrichtsmaterial-unser-gemeinsames-hausschuetzen-sek1.pdf
- www.misereor.de/fileadmin/publikationen/unterrichtsmaterial-klimakrise-und-gerechtigkeit.pdf?ga=2.259024207.436601563.1643279104-274741762.1595930235
- www.dw.com/de/sollte-ein-guter-christ-auffleisch-verzichten/a-55443679
- www.buhv.de/Verantwortlich-leben-und-handeln/50-2105/in-Religion
- www.buhv.de/Herausforderung-Klimawandel/45-2001/Religion-betrifft-uns
- www.dw.com/en/on-the-green-fence-a-deepdive-into-the-environment/a-486709670
- www.theologische-zoologie.de/
- www.buhv.de/Herausforderung-Klimawandel/45-2001/Religion-betrifft-uns
- www.rpi-loccum.de/loccumer-pelikan/2019_04
- <https://schoolsforearth.greenpeace.de/>
- <https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/7617>

DR. CHRISTOPH STEIN war Fachleiter für Geografie und BNE am Studienseminar für Lehramt an Gymnasien in Wolfsburg und leitete ein Regionales Umweltbildungszentrum. Ehrenamtlich betreut er das Entwicklungsprojekt niedersächsischer Schulen und die Initiative „Klimaneutrale Schule“.

Dieser Beitrag erschien zuerst in: Loccumer Pelikan. Religionspädagogisches Magazin für Schule und Gemeinde des Religionspädagogischen Instituts Loccum. Heft 2/2022, 69-74. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Religionspädagogischen Instituts in Loccum und des Verfassers.



"Die ökonomische Vernunft der Solidarität"
Ein Plädoyer für den Sozialstaat von Hartmut Reiners
 Hartmut Reiners – Edition MAKROSKOP

Ein anderer Blick auf Wirtschaft(spolitik) ist nötiger denn je. Noch umfassender gibt es diesen seit kurzer Zeit in Buchform. Der neu erschienene zweite Band der Edition MAKROSKOP widmet sich der sozialen Demokratie – genauer: der ökonomischen Vernunft der Solidarität. Denn um diese ist es nicht gut bestellt. Viele Ökonomen sehen im Sozialstaat nur einen Kostenfaktor. Die Sozialpolitik, obwohl ihr Budget in Deutschland fast ein Drittel des BIP umfasst, spielt nur eine Nebenrolle. Die ökonomischen Eigenarten des Sozialstaats passen nicht in die Welt des Neoliberalismus, der alle sozialen und ökonomischen Beziehungen in seine Kosten-Nutzen-Relationen presst.

Dieser Ignoranz stehen Klagen über eine Ökonomisierung des Sozialen gegenüber, die übersehen, dass die Sozialpolitik sich nicht mehr auf Umverteilung beschränkt, sondern auch eine wachsende Branche

von gesundheitlichen und sozialen Diensten steuert. *Hartmut Reiners* zeigt, dass das Sozialversicherungssystem trotz aller Reformbedürftigkeit in seinen Grundzügen eine hohe volkswirtschaftliche Vernunft aufweist. Die Privatisierung der von ihm abgesicherten sozialen Risiken ist nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive gesellschaftlich schädlich.

So kann etwa die Arbeitslosigkeit von der Versicherungswirtschaft wegen ihrer unkalkulierbaren Parameter gar nicht abgesichert werden. Die Umstellung der Rentenversicherung von einer solidarischen Umlagefinanzierung auf ein privates, kapitalgedecktes System macht die Alterssicherung von den Launen des Finanzmarktes abhängig und ist mit hohen Ausgaben verbunden, die nicht den Versicherten zugutekommen, sondern den Versicherungen und Kapitalfonds. Die gesetzliche Krankenversicherung bietet die gleichen Leistungen zu deutlich niedrigeren Kosten als die private Krankenversicherung, wie ein Vergleich der Ausgaben zeigt.

Der Autor fordert daher ein Ende der Privatisierung in der Sozialpolitik und eine Demokratisierung des Sozialstaats.

Promedia 2023. 272 S. Print: € 23,00. ISBN: 978-3-85371-516-1. E-Book: € 18,99. ISBN: 978-3-85371-909-1

MAKROSKOP

Themen:

- **Tarik Cyril Amar:** *Nicht nur Prigoschin hat sich verrechnet*
- **Armin Groh:** *An der Armut selber schuld?*
- **Joseph Kuhn:** *Fünf reiche Männer, 500 arme Flüchtlinge: Warum macht erst der Tod alle Menschen gleich?*
- **Redaktion:** *Updates zur Konjunktur 2023-5*

<https://makroskop.eu>
 Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft
 Herausgeber: Heiner Flassbeck & Paul Steinhardt

Georg-Friedrich-Knapp-Gesellschaft für Politische Ökonomie e.V.
Man darf MAKROSKOP mit einer – steuerlich absetzbaren – Spende unterstützen!

Aktion für menschenrechtskonforme Umsetzung der UN-BRK

Dr. Brigitte Schuman

Ein Verein hat eine Unterschriftenaktion mit der Forderung an den Deutschen Bundestag gestartet, eine Enquetekommission „Gesellschaftliche Inklusion“ einzurichten. Er wird sich mit dem Anliegen auch an den Genfer UNFachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wenden.

Mit dieser Initiative von Politik gegen Aussonderung – für Integration und Inklusion e.V. (PogA) wird die Kritik an der unzulänglichen bzw. verfehlten politischen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in allen gesellschaftlichen Bereichen gebündelt. Wenn am 29. und 30. August 2023 der zuständige UN-Fachausschuss (CRPD) für die Überprüfung der konventionskonformen Umsetzung der UN-BRK mit Vertreter:innen der Bundesregierung und der Zivilgesellschaft den zweiten und dritten Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland in Genf behandelt, dann wird ihm auch die Forderung an den Deutschen Bundestag vorliegen. Auf der Homepage des Vereins können ab sofort Unterschriften dazu abgegeben werden.

Hintergrund

Die Forderung nach einer Enquete-Kommission wird damit begründet, dass der Vertragsstaat Deutschland seiner Verantwortung für die Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, die er mit der Ratifizierung der Konvention vor 14 Jahren eingegangen ist. „Es lässt sich vielfältig systematisch und an Einzelfällen belegen, wie die völkerrechtliche Handlungspflicht [...] durch v.a. fehlende strukturelle, personelle, aus- und fortbildungsmäßige und/oder materielle und andere Voraussetzungen in den verschiedenen, in der UN-BRK benannten Gesellschaftsbereichen behindert bis verunmöglicht wird und Ausgrenzung nach wie vor stattfindet“, erklärt der Verein.

Die Enquete-Kommission soll den Ist-Stand zur Umsetzung inklusionsverpflichtender Rechtsnormen erheben, strukturelle Barrieren und Inklusionshemmnisse identifizieren und über sektorenbezogene Empfehlungen hinaus handlungsorientierte Empfehlungen für ein gesamtgesellschaftliches Inklusionskonzept mit indikatorenbasierten Aktionsplänen abgeben.

Die Unterschriftenaktion soll im Vorfeld der Forderung politischen Nachdruck verleihen, da Gespräche mit Vertreter:innen der Bundestagsfraktionen bislang ergebnislos geblieben sind. Kritiker*innen aus dem Bereich der Behinder-



Foto: privat

tenwerkstätten und das Bündnis „Eine für alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ fanden lediglich bei der Fraktion Die Grünen ein offenes Ohr. Das reicht aber nicht, da insgesamt für die Einsetzung eines solchen parlamentarischen Instrumentes ein Viertel der Bundestagsabgeordneten dafür stimmen müssen. Selbst die Monitoringstelle am Deutschen Institut für Menschenrechte, die als unabhängige Stelle den offiziellen Auftrag hat, die Politik bei Fragen der Umsetzung zu beraten, konnte sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen.

Erstunterzeichner*innen

Qualifizierten Rückenwind für die Aktion hat sich der Verein auf der diesjährigen Inklusionsforschungstagung in Zürich geholt. Aus den Reihen der Inklusionsforscher:innen konnten zahlreiche Erstunterzeichner:innen für die Unterschriftenaktion gewonnen werden. Sie halten es für dringend geboten, „durch das Einsetzen einer interdisziplinär zusammengesetzten Enquete-Kommission, unter Beteiligung aller relevanten Akteure und von Sachverständigen aus der Praxis, den Selbstvertretungsorganisationen, Verbänden und der Wissenschaft, eine Bestandsaufnahme in allen in der UN-BRK angesprochenen gesellschaftlichen Bereichen vorzunehmen“.

Ausreden

In der Vorbemerkung zum zweiten und dritten Staatenbericht verweist die Bundesregierung darauf, dass nach der föderalen Verfassung der Bundesrepublik Bund und Länder gleichermaßen in der Verantwortung für die Verwirklichung der Konventionsziele sind und es in der Regel keine Durchgriffsrechte des Bundes gibt.

Als Vorteil der föderalen Struktur wird heraus-

gestellt, dass auf den parlamentarischen Ebenen von Bund und Ländern die besten Lösungen gesucht und legitimiert werden müssen, um „das deutsche Recht im Lichte der Konvention weiterzuentwickeln“. Als Beleg dafür werden die 17 Aktionspläne von Bund und Ländern genannt. Sie seien ein zentrales Instrument, „um Ziele zu beschreiben, Verantwortlichkeiten festzulegen, Meilensteine zu definieren und Ergebnisse zu messen“.

Was bei der Vielzahl unterschiedlicher Planungen herauskommt, hat das Deutsche Institut für Menschenrechte in seinem siebten Bericht an den Bundestag zur „Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland“ für den Bereich der Bildung aufgezeigt. Es gibt auch 14 Jahre nach der Unterzeichnung der Konvention keine nachhaltige Gesamtstrategie für ein inklusives Schulsystem, sondern in etlichen Ländern eine Rückentwicklung.

Es ist mehr als zweifelhaft, dass die Bundesregierung mit ihrer Argumentation den Genfer Ausschuss überzeugen kann. Schließlich hat der Fachausschuss bei seinen Empfehlungen zum ersten Staatenbericht von Deutschland 2015 kritisch angemahnt, dass die Bundesregierung die Verantwortung dafür trägt, dass auf allen

Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Sinne der Menschenrechtskonvention umgesetzt werden.

Lösungen

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat in seinem Menschenrechtsbericht Lösungen aufgezeigt, „die auf die Schaffung von Erweiterung der Bundesgesetzgebungskompetenz angelegt sind, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken“.

Bspw. wäre analog zu den Kooperationsmöglichkeiten durch Bund und Länder im Hochschulbereich, die durch eine Neuregelung des Grundgesetzes 2015 geschaffen wurden, eine Ausweitung auf den Bereich der inklusiven Bildung mit der Schaffung eines neuen Kompetenztitels denkbar. Außerdem schlägt der Bericht einen Bildungsstaatsvertrag zwischen Bund und Ländern zur Herstellung rechtsverbindlicher Rahmenbedingungen vor, um „gemeinsame Ziele zu definieren, zu finanzieren und umzusetzen sowie die Umsetzung zu überprüfen, also eine gemeinsame Strategie zu entwickeln“.

<https://bildungsklick.de/bildung-und-gesellschaft/detail/aktion-fuer-menschenrechtskonforme-umsetzung-der-un-behindertenrechtskonvention>

Termine

Bürgerfest

Sonntag, 27. August 2023 – 13:00 h bis 21:30 h

Das Bürgerfest am Sonntag nach der Kulturnacht bietet den Osnabrücker Bürger*innen die Möglichkeit, den Wall als Raum neu zu entdecken. Der KV der GEW wird mit einem Aktionsstand für Kinder vor Ort sein.

Fest der Kulturen

Sonntag, 17. September 2023 – 13:00 h bis 19:00 h

Der KV der GEW wird mit einem Aktionsstand für Kinder vor Ort sein.

Bundesweiter Bildungsprotesttag

Samstag, 23. September 2023 findet ein bundesweiter Bildungsprotesttag statt – auch in Osnabrück! Weitere Informationen gibt es hier: <https://www.schule-muss-anders.de/bildungsprotest-2023>

Geht doch! Expertenkommission zum Volksentscheid Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen

„Ein Vergesellschaftungsgesetz steht tatbestandlich im Einklang mit den in Art. 15 GG ausdrücklich genannten Voraussetzungen. Die anvisierten Immobilien unterfallen dem Gegenstand Grund und Boden. Eine Vergesellschaftung erfasst grundsätzlich sowohl das Eigentum als auch die am Grundstück bestehenden beschränkten dinglichen Rechte unter Einschluss von Erbbaurecht und Wohnungseigentum. Die Überschreibung des Eigentums auf eine Anstalt öffentlichen Rechts erfüllt die Maßgabe einer Überführung in eine Form der Gemeinwirtschaft, sofern die gemeinnützige Bewirtschaftung für die Zukunft gesetzlich gesichert ist. Die betroffenen Grundstücke müssen durch das Gesetz abschließend bestimmt sein, was keine konkrete Bezeichnung der einzelnen Flurstücke verlangt. Eine Vergesellschaftungsreife der wirtschaftlich betroffenen Unternehmen ist nicht vorausgesetzt.“

Seite 14 – <https://www.berlin.de/kommission-vergesellschaftung/>

**Zu guter Letzt!
Denn sie wissen, was sie tun!
Henrik Peitsch**

Die Kultusministerin hat zum Ende des letzten Schuljahres einen Brief an die Schüler geschrieben. Ich bin mir nicht sicher, ob alle ihn auch erhalten haben. Frau Willie Hamburg schreibt dort u.a. „In der Zeitung steht derzeit oft, dass zu viele Stunden ausfallen. Und sicher ist das bei euch an den Schulen auch so. Wir arbeiten gemeinsam mit den Schulen daran, mehr Lehrkräfte einzustellen. So werden wir ab nächstem Jahr die Lehrkräfte an Grund-, Haupt- und Realschulen besser bezahlen.“ Der Bezug auf Zeitungsbericht mag ein stilistischer Zugang für das Abfassen einer Tatsachenbeschreibung sein. Die Mangelversorgung ist der Ministerin und auch den Schülern mit Sicherheit nicht durch Zeitungsberichte bekanntgeworden. An vielen Schulen ist sie erlebte Praxis. Zudem ist die Unterversorgung mit Lehrkräften ein Sachverhalt vergangener bildungspolitischer Fehlsteuerung. Glaubt die Ministerin aber, dass mit einer höheren Besoldung mehr Lehrkräfte nach Niedersachsen kommen werden? Die Besoldungserhöhung ist ein überfälliger Schritt für eine gerechte Bezahlung dieser Lehrkräfte. Der OECD-Bericht von 2022 zeigt deutlich, dass diese Kollegen im Vergleich zu Beschäftigten außerhalb der Schule bisher 14 % weniger Einkommen beziehen.

Es müssen auch andere – wichtige – Bedingungen geändert werden, um die pädagogische Arbeit an Schulen attraktiver zu machen. Auch eine Entlastung bei der Anzahl der Unterrichtsstunden wird nicht ausreichen. Die Lern- und Arbeitsbedingungen insgesamt müssen so angelegt werden, dass Lernen und Lehren für alle Beteiligten erfolgreich gestaltet werden können. Dazu gehört u.a., dass die Schulen von einem Großteil bürokratischer Belastungen befreit werden und die Kollegien mehr Freiraum für die Gestaltung ihrer pädagogischen Tätigkeit erhalten (S. Beitrag von Gerd Köpke, Seite 12). Es gibt ausreichend viele Beispiele für eine andere Form von Schule (S. den Beitrag auf Seite 10).

Sicherlich bestimmen die aktuellen krisenhaften Umbrüche auch das politische und pädagogische Handeln. Es dürfen dabei jedoch die notwendigen Transformationen nicht außer Acht gelassen werden, die unser Bildungssystem fit machen müssen, damit die Lernenden auch besser auf diese Herausforderungen vorbereitet werden. Die Schüler sollten diese nicht als schicksalhafte Gegebenheiten betrachten, sondern ihr eigenes Gestaltungspotenzial entfalten und Handlungsfähigkeit entwickeln. Zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zählen insbesondere die Ressourcenverknappung, der Klimawandel, Flucht und Vertreibung und die asymmetrische Einkommens- und Vermögensverteilung – national und global. Hinzukommt der Wandel durch neue Technologien (Digitalisierung, soziale Medien).

Die Schulen von morgen müssen den Schülerinnen und Schülern helfen, selbstständig zu denken und sich mit Einfühlungsvermögen und Bürgersinn mit anderen zu verbinden. Sie müssen den Lernenden dabei helfen, einen starken Sinn für Richtig und Falsch zu entwickeln, eine Sensibilität für die Ansprüche, die andere an uns stellen, und ein Verständnis für die Grenzen individuellen und kollektiven Handelns zu entwickeln. Am Arbeitsplatz, zu Hause und in der Gesellschaft brauchen Menschen ein tiefes Verständnis dafür, wie andere Menschen in unterschiedlichen Kulturen und Traditionen leben und wie andere Menschen denken.

*Andreas Schleicher
Deutsches Schulportal*

Diese Veränderungen scheinen als isolierte und „natürliche“ Ereignisse aufzutreten. Sie müssen jedoch zusammengedacht werden.

In den technologischen Wandel setzen viele die Hoffnung, dass er ein wirkungsvolles Instrument zur Lösung der insbesondere durch die Industrieländer verursachten Umweltprobleme und der weiteren globalen Erwärmung ist. Dabei wird verkannt, dass der technologische Wandel zum größten Teil durch Profitinteressen getrieben wird und er auch eine der Ursachen für unsere gegenwärtigen Herausforderungen ist.

Auch aus diesem Grund ist eine neue Ausrichtung des Bildungssystems dringend notwendig. Die Bildungspolitik auf allen politischen Ebenen

muss deshalb von der bloßen (Mangel-)Verwaltung nun endlich in die Phase einer Gestaltungs- politik transformiert werden. Dazu gehören u.a. Bildungspolitiker mit Visionen, verschlankte Kultusbürokratien und stärker Autonomien der Schulen sowie eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte und motivierende Unterrichts- und Lernformen. Lernen für die Zukunft darf sich nicht auf die Vergangenheit beziehen (Curricula). Fachwissen darf nicht im Fordergrund stehen, sondern das Lernen

zum Tun (Andreas Schleicher – OECD).

In einer unvorbereiteten Gesellschaft führen diese Veränderungen auch zu gesellschaftlichen Verwerfungen und politischen Lagerbildungen. Hierbei nimmt der Anteil derer, die einen zunehmenden Vertrauensverlust in die politische Eliten und die demokratischen Institutionen empfinden, alarmierend zu. Er verstärkt die Tendenz zu autoritären Regimen (S. Zitat von Wilhelm Heitmeyer auf der Seite 18).



Klimawandel: Mit ohnmächtigem Staunen in Abgrund? (mit Exkursion in ein Waldbiotop)

Expert_innen sind sich einig: der ungebremste Klimawandel wird sich zerstörerisch auf die Lebensbedingungen der Menschen auswirken. Intakte Lebensräume schwinden, Gesellschaften geraten aus dem Gleichgewicht, Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern treten auf: um Wasser, um Land, um die Bewältigung gewaltiger Ströme von „Klimaflüchtlingen“ oder um Ausgleichszahlungen zwischen den Verursachern des Klimawandels und den betroffenen Ländern. Es ist abwegig darauf zu vertrauen, dass alles schon irgendwie gut geht. Vielmehr zeigen das Ausmaß der klimabedingten Probleme und die neu gestellten Fragen nach Verantwortung, Gerechtigkeit und Sicherheit, wie endlich unser Lebensstil ist. Sind die Demokratien des Westens fähig, eine zukunftsfähige Form des Wirtschaftens und Lebens zu entwickeln:

08.10. - 13.10.2023 im DGB Tagungszentrum Hattingen, Kosten: 190,00 €
Anmeldung: <https://www.dgb-bildungswerk.de/seminar/18133248>

Impressum

PAUKOS 1/2023 – Jg 42

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt
August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Erscheinungsweise:

Zwei Ausgaben pro Jahr

Ausgabe:

1/2023

Auflage:

Print: 300 Stück – digital: 700

Redaktion:

Henrik Peitsch
oeffentlichkeitsarbeit@gew-osnabrueck.de

Druck:

Druckerei Rietbrock
Natruper Straße 87 – 49170 Hagen a.T.W.
Telefon: 05405/98050

Der PAUKOS ist auf unserer Website online verfügbar!

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne vorherige Zustimmung der Herausgeberin unzulässig. Ausnahmen sind gekennzeichnet.

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber*innen ausfindig zu machen, werden diese gebeten, sich mit dem Herausgeber in Verbindung zu setzen.



<https://farm4.staticflickr.com>

GEW Kreisverband Osnabrück - Stadt

Sprechstunde: mittwochs von 15:00 bis 17:00 h
(nicht während der Ferien)

Telefon: 0541/259620 - Fax: 0541/260827

gew-osnabrueck@t-online.de

www.os-stadt.gewweserems.de



SICHER ZUR SCHULE

Ihre Spende ermöglicht
Bildung.

velafrica.ch PC 30-7391-3

velafrica

Mobilität mit Perspektiven

<https://velafrica.ch>